

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Montag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Jahreshälfte 15 000.— M. Einzelverkaufspr. 1200 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon 905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker



Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 176.

Dienstag, 31. Juli 1923.

30. Jahrgang.

Was die Sozialdemokratie fordert!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei haben sich am Montag mit der sehr ernsten politischen und wirtschaftlichen Situation beschäftigt. Sie haben beschlossen, die Fraktion zu Donnerstag 1 Uhr zusammenzuberufen. Die Fraktion wird zur politischen Situation Stellung nehmen. Angesichts der akuten wirtschaftlichen Not hat der Vorstand sich auch mit den finanziellen Vorschlägen der Reichsregierung beschäftigt. Er hält sie nicht für weitgehend genug. In der jetzigen Situation können nur äußerste Anstrengungen und drastische Maßnahmen helfen. Der Fraktionsvorbereitung hält deshalb folgendes Programm für notwendig, das der Regierung sofort unterbreitet wird.

Das Programm hat folgenden Wortlaut:

Die Rettung vor dem drohenden Zusammenbruch der inneren und äußeren Politik, die Vermeidung des sozialen Chaos macht die äußersten und entschiedensten Maßnahmen notwendig. Erstes Erfordernis sind radikale Anstrengungen der Finanzpolitik zur Verhinderung weiterer Inflation; also Deckung der Staatslasten durch Steuern und Anleihen. Die Maßnahmen müssen sofort wirksam werden. Es dürfen deshalb keine technischen Schwierigkeiten der Steuererhebung entstehen, weshalb die Anknüpfung an bestehende Steuern notwendig ist. Der einzuhobende Betrag muß ausreichen, um die Notenpresse zunächst stillzulegen und den Verfall der Mark Einhalt zu tun. Deshalb ist durchzuführen:

1. Verdreifachte Erhebung der nach dem Brotverordnungsgegesetz valorisierten Zwangsanleihe.
2. Verdreifachte Erhebung der valorisierten Vorauszahlungen der Körperschafts- und Einkommensteuer.
3. Verdreifachte Erhebung der am 31. Juli fälligen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der Umsatzsteuerbeträge von 300 000 Mark und der Genossenschafts- und des Einzelhandels.
4. Während der Dauer der Nachfraktion Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer.
5. Abgabe eines Doppelzentners Roggen pro Hektar land- oder forstwirtschaftlich benutzten Bodens unter Freilassung der Kleinbetriebe.

Cunos letzte Pläne.

Gerade jetzt, vor seinem mutmaßlichen Abtritt, will das Kabinett Cuno so etwas wie tätig werden. Voraussichtlich am Dienstag werden die neuen Steuervorlagen, die das Reichsfinanzministerium viel zu spät und erst nach langem Sträuben fertiggestellt hat, von der Regierung verabschiedet werden, um dann zur schleunigen Verabschiedung dem Reichsrat zuzugehen. So hofft man, diese gesetzgeberischen Vorarbeiten noch rechtzeitig für den Zusammentritt des Reichstages in der zweiten Augustwoche zu erledigen.

Bei diesen Steuervorlagen ist zu unterscheiden zwischen neuen Steuern und der Neuregelung bisheriger Steuern. Bei der Vermögens-, Erbschafts- und Umsatzsteuer soll nicht nur die Geldwertung, wie es die Sozialdemokratie immer wieder gefordert hat, eine laufende Berücksichtigung finden, sondern es sollen überdies neue Tarife und neue Bewertungsvorschriften herauskommen. Was also im Vorjahre die bürgerlichen Parteien mit Rücksicht auf den Geldsack der Besitzenden abgelehnt haben, soll jetzt in höchster Not nachgeholt werden. Ebenso soll die Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent erhöht werden.

Am Ende des siebten Monats des Ruhrkrieges entschied man sich allmählich auch zu seiner Finanzierung. Ein Ruhrpfeiler soll die Kosten der Ruhrbesetzung decken. Zu diesem Zwecke sollen zunächst die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer vom 15. 11. bezw. 15. 2. auf den 1. 10. bezw. auf den 1. 1. vorverlegt werden. Außerdem soll der doppelte Betrag der Vorauszahlung, deren Höhe vom Reichsfinanzminister jeweils festgesetzt wird, als „Ruhrpfeiler“ erhoben werden. Dem Gedanken der Aufwandsbestreuerung will man durch eine einmalige Besteuerung der Privatautomobile, deren Zahl in den letzten Jahren unverhältnismäßig zugenommen hat, Rechnung tragen. Diese einmalige Luxussteuer soll ein Vielfaches der Kraftfahrzeugsteuer ausmachen. Als dritte neue Steuer gesellt sich zu der einmaligen Einkommens- und Automobilsteuer eine Exportabgabe von voraussichtlich 2 Prozent. Damit will man den Handel außerhalb des besetzten Gebietes heranziehen, damit er von seinem Geschäftsgewinn und von seinen Auslandsverreisen für das Ruhrgebiet, wo jeder Export erdrohelt ist, einen Teil flüssig macht. Neu in der deutschen Steuererhebung ist das Steuerzinsgesetz. Es will die Zinsen der Steuerschuldner bei Zahlungsaufschub oder Steuerstundung der Geldwertung anpassen.

Mit diesen neuen Steuern soll auch die Goldanleihe endgültig

Zur Ergänzung ist notwendig:

1. Sofortige Ablieferung der Lohnsteuer zugänglich der Unternehmerzuschläge unmittelbar nach der Lohn- oder Gehaltszahlung.
2. Ablieferung aller indirekten Steuern, insbesondere der Umsatz-, Zugs-, Kohlen- und Ausfuhrsteuern spätestens zehn Tage nach Verkauf der Ware.
3. Restlose Tilgung jeglicher Geldwertungen bei Verzögerung der Steuerablieferung durch den Zahlungspflichtigen, mindestens Strafschläge von 200 Proz. pro Monat.
4. Kredite und Stundungen sind vom Reich und von den Betriebsverwaltungen nur werbeständig, in der Regel auf Goldbasis und gegen Goldzins zu gewähren.
5. Regelmäßige kurzfristige Anpassung der Tarife der Eisenbahn und Post an die Geldwertungen, ebenso der Gebühren- und Stempeltaxen.
6. Wertbeständige gegen Papiermark einzahlbare Reichsanleihe. Zinsgarantie der Reichsbank. Schaffung werbeständiger Anlagemöglichkeiten durch die Sparkassen.

II.

Änderung in der Reichsbankleitung zur Wiederherstellung ihres Kredits und des für die Zentralbank notwendigen nationalen und internationalen Vertrauens.

Kreditgewährung der Reichsbank nur auf Goldbasis gegen Goldzins.

Einführung von Goldkonten und Annahme von Devisendepositen.

III.

Organische Stützungsaktion. Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft gegen Dollarschuldverschreibung. Nötigenfalls Deklarationszwang mit eidestattlicher Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes und der im Auslande befindlichen Vermögenswerte und Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen.

IV.

Sofortige Durchführung der Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek, resp. durch unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den industriellen Unternehmungen.

verabschiedet werden. Ihr Gesamtbetrag wird sich wahrscheinlich auf 100 Millionen Goldmark belaufen. Es steht zu erwarten, daß die erste Rate Anfang August aufgelegt wird. Höchstwahrscheinlich wird man in der Stückelung bis zu 2 Dollar heruntergehen. Den kleinen Sparern will man auf dem Wege über die Sparkassen die Möglichkeit einer Zeichnung mit geringen Beiträgen schaffen.

Auch die Demokraten erwachen.

Der Hauptvorstand der Deutschdemokratischen Partei, der in Gegenwart der der Partei angehörenden Reichs- und Staatsminister sagte, nahm eine Entschlieung an, in der gefordert wird, die Wirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden, sowie die Einzelwirtschaft auf einer rechnungsmäßigen Festmark aufzubauen. Die Festmarkrechnung ist für alle Steuern, Löhne und Gehälter, die zumännliche Buchführung im Groß- und Einzelhandel einzuführen. Mit dieser Umgestaltung der Finanz- und Währungs politik ist ohne Verzug zu beginnen, um die schleunige Erhebung sofort wirksamer direkter Steuern, insbesondere einer Sonderbesitzsteuer für den Ruhr-Abwehrkampf zu ermöglichen, um der Wirtschaftsführung jedes Einzelnen eine festere Grundlage zu schaffen. Sofort sind zur Eindämmung der Inflation werbeständige, allen Volksteilen zugängliche Anleihen aufzunehmen.

Der Reichstag tritt am 8. August zusammen.

Berlin, 31. Juli.

Wie offiziell bekannt gegeben wird, findet die nächste Reichstagsitzung am 8. August, nachmittag 2 Uhr, statt.

Montagsbörse.

Der Dollar hat am Montag in der amtlichen Notierung die erste Million überschritten. Er wurde auf 1 100 000 M. festgesetzt, das englische Pfund auf 5 Millionen M. New York und London wurden mit je 10 Prozent zugeteilt. Die Auslandsplätze melden wesentlich ungünstigere Marktkurse. Für den Dollar ergab sich im Durchschnitt eine Parität von 1,3 Millionen, für den Gulden eine solche von 800 000. Wie wir hören, hat der Vorstand der Berliner Börse neben dem Sonnabend auch den Donnerstag als Devisenruhetag bestimmt. Das ist eine Maßnahme, die keineswegs zu begrüßen ist, weil sie die Nachfrage konzentriert. Weiter überlegt man im Reichswirtschaftsministerium, die Notierungen des Einheitsdurses wieder aufzuheben.

Wenn die Würfel fallen.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Die Regierung Cuno steht heute schon auf der Totenliste. Man wird ihr im Lande nicht viel Tränen nachweinen. Auch selbst wird sie wohl den schnellsten Wunsch haben, sobald wie möglich in der Versenkung zu verschwinden. Ohne Energie, sich gegen die nationalistischen Anmaßungen durchzusetzen, ohne die Absicht, sich einer Marschroute bestimmter Wirtschaftsinteressenten zu entziehen, steht sie selbst ein, daß sie ihren Aufgaben nicht gewachsen war. Wie ein Blinder hat sie das Gebot der Stunde verkannt. Als die Markkatastrophe kam, ging sie um das Problem herum, immer halbe Mittel anwendend, ganze Mittel peinlichst vermeidend, wie die Kage um den heißen Brei. Und so wird sie verschwinden. Sang- und klanglos werden die Schölen fallen. Was schon lange geschehen wäre, wenn nicht andere Rücksichten vorhanden gewesen wären. Das Kabinett Cuno ist eben nicht durch seine von gewissen Kreisen vielgerühmten Vorzüge, die sich als böse Nachteile erwiesen haben, gehalten worden, sondern durch eine aus der ungestörten Durchführung außerpolitischer Aktionen zu erklärende Rücksichtnahme. Ein Umstand, an dem Cuno und die Seinen ziemlich unschuldig sind.

Der Sturz der Regierung Cuno ist sicherlich der mühseligste Teil des Vorhabens, dem Lande eine neue Regierung zu geben. Viel schwerer ist es, diese neue Regierung zu bilden. Man hat in den ersten Jahren der Republik in Reichsreifen, als unsere Genossen in die Ministerien einzogen, viel über Futtertrümpfen geredet. Unsere Reichsmänner, deren Privileg es vor je war, ausschließlich in den Regierungsjahren zu sitzen, müssen ja Erfahrungen haben. Für die Republik muß aber festgestellt werden, daß es in Deutschland viel weniger Männer gibt, die Neigung haben, einen Ministerposten zu übernehmen, als man gemeinhin denkt. Wenigstens soweit Köpfe in Frage kommen.

Wenn man die bürgerliche Presse liest, hat man den tiefen Eindruck, daß man die Sozialdemokratie in die Regierung hineindrängen will. Es ist nicht nur allein Hellmuth v. Gerlach, der in der „Welt am Montag“ nach der großen Koalition ruft. Die Sozialdemokratie hat das Recht und alle Verantwortung gegenüber solchen Einnennungen aus andern Lagern nicht bis ans Herz zu bleiben. Das Schicksal des Kabinetts Birck, die unerhörte Hege gegen das Kabinett, das das Londoner Ultimatum schließen mußte, die Hege, die vor Mord und Totschlag nicht zurückschreckte, hat die Sozialdemokratie gewißigt gemacht. Nicht, daß unsere Leute um ihr Leben fürchteten. Aber wir sehen es nicht ein, daß immer gerade die dreimal vermalte Sozialdemokratie der Pudel sein soll, der die Prügel abbekommt. Kein Mensch kann der Sozialdemokratie nachsagen, daß sie nicht den Mut für eine verantwortliche Politik habe. Diesen Mut beweist die deutsche Republik. Ohne diesen Mut wäre die Republik nicht mehr und das Chaos wäre in Deutschland Tatsache. Das nicht allein. Wir waren auch im Interesse des deutschen Proletariats, der deutschen Republik und besonders der deutschen Einheit auch die getreuen Eckdaten der Regierung Cuno gegenüber. Wir haben unsere Pflicht reiflos getan. Indem wir guten Rat gaben, indem wir drückten, indem wir warnten, indem wir opponierten. Man hat uns nicht gehört. Man ging einen Weg, der unfehlbar in die heutigen Zustände führen mußte.

Und jetzt ruft man wieder nach der Sozialdemokratie. Bei den Demokraten, bei der Deutschen Volkspartei, bei dem Zentrum. In weiten Kreisen der Bürgerlichen, die an und für sich politisch indifferent sind, selbst in solchen Kreisen, die aus dem finanziellen Schlandrian des Kabinetts Cuno Vorteile zogen, hört man den Ruf, daß es ohne die Sozialdemokratie einfach nicht gehe. Wir werden uns vielleicht dem Ruf nicht entziehen können. Wir wissen, daß die Partei damit ein Opfer bringen wird. Auch die kommende Regierung wird ihre brennendste Aufgabe getan, ihre Zeit überlebt haben und den Weg gehen, den jede Regierung einmal gehen muß, wenn sie getan hat, was von ihr gefordert wurde. Dann gibts nicht in der Politik. Wir werden aber dieses Opfer nur bringen, wenn wir wissen, daß dieses Opfer nicht umsonst gebracht wird. Wir wollen die Gewißheit haben, daß wir nicht nur die getreuen Eckdaten sind, die nur wieder einmal in den Kabinetten sitzen und dort warnend ihre Stimmen erheben. Wir wollen nicht vergeblich warnen. Wir wollen wissen, daß auf der anderen Seite ebenso wie bei uns der feste Wille vorhanden ist, zu tun, zu retten, zu lösen, soweit es noch möglich ist. Wenn die Sozialdemokratie mit ganz bestimmten wirtschaftspolitischen und besonders finanz- und währungstechnischen Plänen auf den Kampfplatz tritt, auf dem sich die Nachfolge des Kabinetts Cuno vollzieht, dann wollen wir wissen, daß unsere Kontrahenten, sie mögen getarnt sein, wie sie wollen, bereit und besten Willens sind, diesen Plan zu verwirklichen. Das sogenannte Finanzprogramm der Sozialdemokratie wird entscheiden, wie in den nächsten Tagen die Würfel fallen werden.

Wir wissen nicht, inwieweit die Reichstagsfraktion hinter diesen Ausführungen des sozialdemokr. Parlamentsdienstes steht. Und wir wollen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in eine grundsätzliche Kritik eintreten. Allerdings scheint uns, daß der Parlamentsdienst die parlamentarische Entwicklung in Deutschland verkennt. Wenn die Regierung

no als ein Argument nach rechts zu werten war, so hat sich dieser Rechtskurs eben jetzt aufgelöst. Und die Entwicklung ist zu einem Linkskurs reif. War der Eintritt der Volkspartei damals das äußere Anzeichen der Kursveränderung, so muß eben jetzt die Volkspartei wieder austreten. Sollte eine andere Lösung eintreten, d. h. sollte die große Koalition nun kommen, so brähte das nicht die unbedingt nötige parlamentarische Klärung, sondern nur neue Verwirrung. Die große Koalition mit dem Schwergewicht in der bürgerlichen „Arbeitsgemeinschaft“ könnte nur die bisherige Politik der Halbheiten fortsetzen. Das aber wäre für die deutsche Gesamtpolitik unerträglich; und ebenso unerträglich für unsere Partei.

Es gibt nur einen für uns gangbaren Weg: **Entscheidende Linkskoalition unter ausgeprägter Führung der Sozialdemokratie.** Ist der Reichstag für diesen Weg noch nicht reif, haben Demokraten und Zentrum aus der Aera Cuno noch nicht genug gelernt, so möge man eben auf gutbürgerliche Art weiterwursteln. Uns bleibt dann eben nur eins: Opposition, offene und ehrliche Opposition! Wir wollen und wir können unter den heutigen Umständen Koalitionshalbheiten vor unseren Arbeitern nicht mehr mit ehrlichem Gesicht vertreten.

Ueber die Antwortnoten.

Deutschland soll vollständig kapitalieren! — Unzufriedenheit in London.

L. H. London, 31. Juli.

Lord Curzon erklärte gestern im Oberhaus, ungefragt, er werde am Donnerstag bei der Verabreichung des Parlaments in seine Sommerferien in der Lage sein, eine Erklärung über die internationale Lage abzugeben, müsse aber jetzt schon das Versprechen ablehnen, erschöpfende Auskunft über die Situation geben zu können; das komme erst auf die weitere Entwicklung der Dinge an. Wie verlautet, sind Abschriften der französischen und belgischen Antwort sofort an die Mitglieder des Kabinetts verteilt worden, die sie im Augenblick studieren. Das Kabinett wird sich heute vormittag gemeinsam mit ihnen beschäftigen. — In eingeweihten politischen Kreisen hätte man gestern Abend ziemlich pessimistisch gestimmt zu sein. Wie versichert wird, wird die französische Antwort als

vollständig unbefriedigend

und die belgische nicht als besser betrachtet. Wie verlautet, soll Poincaré in seiner Antwort feststellen, daß er weder von der Ruhr abziehen, noch eine Milderung in seinem Regime eintreten lassen will, ehe Deutschland nicht

vollständig kapitalisiert

habe. Weiterhin bringt Poincaré die Frage der interalliierten Schulden in dem Sinne auf das Tapet, daß er England Herabsetzung der französischen Rente nur in eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen einwilligen, wenn dementsprechend die französischen Schulden an England verringert würden. Diese französische Suggestion insbesondere wird in englischen Kreisen als völlig unannehmbar empfunden, da man sich sagt, England könne jetzt, nachdem es keine Schuldentilgung Amerika gegenüber übernommen habe, nicht zugunsten werden, die Kosten des Weltkrieges auch für Frankreich mit allein zu tragen. Man hat die Empfindung, daß Poincaré mit diesem Spiel auf weitere Verzögerungen in der Diskussion hinstreift, daß er Baldwin ebenso hinsichtlich in engagieren sucht, wie er es Lloyd George gegenüber mit Erfolg getan hat. Er hofft, durch das Hinziehen der endgültigen Entscheidung Deutschlands zur Kapitulation zu zwingen zu können. Die englische Regierung dagegen glaubt, durch eine kleine Aktion den stehenden Zusammenbruch Deutschlands verhindern zu können. Auch Baldwin erklärte gestern im Unterhaus, er werde wohl am kommenden Donnerstag in der Lage sein, eine außerpolitische Erklärung abzugeben.

*

Nach dem Gedankenaustausch zwischen Brüssel und Paris und nach der Vornahme von Korrekturen, die auf Anregung der Franzosen in dem belgischen Dokument erfolgt sind, ist man endlich so weit, daß die beiden Schriftstücke getrennt, aber an einem Tage, am Dienstag, in Paris überreicht werden. Der Inhalt der Note wird geheim gehalten. Wenn aber die Auslassung französischer und englischer Blätter über die Antworten Frankreichs und Belgiens auch nur annähernd zutreffen, kann gesagt werden, daß das belgische Dokument das positivere von beiden ist. Es legt Wert auf die Wiederherstellung der deutschen Finanzen, trägt eine zahlenmäßige Neuauflistung des Disfalls von Spa zugunsten der zerstörten Gebiete an und weist auf Garantien hin, durch die man sich ständige Einnahmen sichern könne, ohne das künftige Budget Deutschlands zu gefährden. Weiter soll das Dokument die Sicherheitsfrage Frankreichs und Belgiens auf dem Boden gegenseitiger solidarischer Abmachungen unter den Alliierten erörtern. Wie es scheint, liegt aber der Schwerpunkt des belgischen Dokuments in dem Hinweis auf die interalliierten Schulden in der Form eines Vorschlags der Liquidierung derselben im Anschluß an eine Herabsetzung der deutschen Schuld. Weiter taucht der alte franco-belgische Vorschlag der Prioritätszahlung für die zerstörten Gebiete wieder auf, nachdem die Mächte eine von Deutschland zu zahlende Minimalsumme fixiert haben.

Sehr wahrscheinlich ist in dem englischen Reparationsdokument die Frage des Schuldenproblems viel ausführlicher behandelt worden, als man bisher annahm. Wenigstens laßen die Nachrichten der ausländischen Presse über die französische und belgische Antwort darauf schließen. Man greift in der öffentlichen Diskussion wieder zu dem alten Plan einer internationalen Anleihe für Deutschland zurück, und zwar ist es dieses Mal die englische Unabhängige Arbeiterpartei in einem Manifest über die politische Lage, in dem sie außer der internationalen Anleihe für Deutschland zugunsten der zerstörten Gebiete nach Rückgabe eines Urteils von Sachverständigen, trotz der bekannten augenblicklichen Bedenken gegen eine Rückzahlung des Rheinlandes durch die Engländer, die Zurückziehung der englischen Rheintruppen und weiter eine Revision aller Bestimmungen des Versailler Vertrages einschließlich der territorialen Bestimmungen und der Bestimmungen über die kolonialen Mandate, weiter die Anerkennung der türkischen Regierung durch die englische und die Erneuerung einer Weltkonferenz, die sich mit der Frage gleichzeitiger und allseitiger Abrüstung beschäftigen soll, verlangt. Im Anschluß an die beiderseitige Erklärung über das Problem der interalliierten Schulden und keine von der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei gegebene Erklärung ist es interessant, daß in französischen Blättern die Rolle verschiedener amerikanischer Finanzgruppen, wie Morgan, Kahn, Sabine, Speyer nach Europa dahin gedeutet wird, daß es sich um nichts als um eine Fortsetzung der amerikanischen Finanzpolitik handelt.

Englische Besorgnisse um Deutschland.

London, 30. Juli.

In ihrem Leitartikel prüft die „Times“ heute die Frage, ob ein Regierungswechsel in Berlin Deutschlands Lage erleichtern könnte. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß jede deutsche Regierung den größten Teil ihrer Handlungsfreiheit durch die verfehlte Gewaltpolitik der Alliierten und durch die Anhäufung zahlloser wirtschaftspolitischer Fehler seitens ihrer Vorgängerinnen eingebüßt habe. Deutschland in seinem gegenwärtigen Zustande habe wenig Aussicht, sich selbst zu retten. Englands Politik müsse Deutschland zu dieser Selbsthilfe ermutigen; aber es sei nicht ausgeschlossen, daß die englische Politik fehlschlage, wenn Deutschland die Ereignisse an sich heranziehen lasse und keinerlei Versuche mache, sich zu retten.

Schweres Eisenbahnunglück.

Bisher 34 Tote gezählt.

Berlin, 31. Juli. Auf dem Bahnhof Kreutzen fuhr in der vergangenen Nacht der D-Zug Hamburg—München auf einen außerplanmäßigen Vorzug, infolge Ueberfahrens des Haltesignals. Bis heute vormittag 11 Uhr wurden

34 Tote und über 40 Schwerverletzte

aus den Trümmern gezogen. Man befürchtet, daß noch mehr Tote unter den Trümmern liegen. Zahlreiche Hilfszüge sind an der Unfallstelle eingetroffen.

Der Kartoffeltoucher.

Berlin, 31. Juli.

Gestern Abend wurde ein Kommando der Schutzpolizei nach der Markthalle in der Lindenstraße gerufen, um die Halle zu räumen. Den Anlaß dazu bot ein Streit zahlreicher Frauen mit einer Kartoffelhändlerin. Die Standinhaberinnen hatten eine Sendung Kartoffeln erhalten und die Käuferinnen ersucht, sich zunächst anzuhalten. Nachdem die Hausfrauen über eine Stunde gewartet hatten, erklärte die Händlerin, daß sie nicht mehr verkaufe. Der Frauen bemächtigte sich infolgedessen große Erregung. Es kam zu lärmenden Szenen und Tätlichkeiten gegen die Händlerin.

Die Beschaffung von Lebensmitteln.

Berlin, 31. Juli.

Das Reichskabinett hat sich mit der drängenden Frage der Beschaffung von Lebensmitteln sehr ernst beschäftigt. Heute dürften entscheidende Beschlüsse gefaßt werden, durch die die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sichergestellt wird. Voraussichtlich werden dem Lebensmittelhandel Devisen in verstärktem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

SPD. Recklinghausen, 30. Juli.

In Gladbeck wurde am 28. Juli ein gewisser Poetsch in seiner Wohnung von Belgieren erschossen, nachdem er angeblich vorher mit belgischen Soldaten auf der Straße Streit hatte. In Buer wurde von der Belagerung ein neues Militär-Polizei-Gericht eingerichtet.

SPD. Elberfeld, 30. Juli.

Der Druck der Franzosen, die Zahlung von Arbeitslosenunterstützungen zu unterdrücken, macht sich sehr bemerkbar und wirkt auch auf die eigentlichen Lohnzahlungen jurist. Im Anschluß an die Besetzung der Reichsbahn in vielen Orten mußten die Gemeinden und größeren Werke dazu greifen, Notgeld auszugeben, um Komplikationen zu verhindern.

Die erhöhte Erwerbslosenunterstützung.

SPD. Die Unterhaltungsätze für Erwerbslose sind mit Wirkung vom 30. Juli folgendermaßen erhöht worden:

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
	M	M	M	M
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	33 000	31 000	29 000	27 000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	29 000	27 000	25 000	23 000
c) unter 21 Jahren	20 500	19 000	17 500	16 000
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	29 000	27 000	25 000	23 000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	25 000	23 500	21 500	20 000
c) unter 21 Jahren	18 000	17 000	16 000	15 000
3. als Familienzuschläge				
a) für den Ehegatten	12 500	11 500	11 000	10 000
b) für die Kinder und sonstige unterhaltungsbedürftige Angehörige	10 000	9 500	8 500	8 000

Der Antifaschistentag in Bayern.

SPD. München, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der Antifaschistentag ist in ganz Bayern ruhig verlaufen. Besonders in München fügten sich die Kommunisten dem Verbot der Polizei in jeder Weise. Nur in Rosenheim, der industriereichen Halbtageszentrale des Chiemgaaus, gab es einen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Angehörigen von Selbstschutzorganisationen, dem Kern der Einwohnerwehren des Herrn von Rahr. Schon am Vormittag zeigten sich die Anhänger Roskops mit ihrer Ausrüstung auf der Straße, aber auch viele sogenannte Oberländer, während die Bereitschaft der Polizei in einem Bortort aufgestellt war. Im Laufe des Nachmittags kam es zu einer blutigen Prügelei, wobei ein Selbstschutzmann heftige Wunden erlitt. Seine Kameraden schworen Rache und nach 6 Uhr abends versuchten sie, in die in einem Gasthaus befindlichen Gewerkschaften einzudringen. Die Kommunisten traten ihnen entgegen und es kam zu einer schweren Schlägerei mit Sägen und Schusswaffen. Durch einen Hieb auf den Kopf wurde ein Kommunist namens Georg Ott so schwer verletzt, daß er kurz darauf verstarb. Zwei weitere Kommunisten sollen schwer verletzt worden sein; ferner gab es eine große Anzahl Leichtverletzte. Der die Polizei erlösten, waren es die an der Schlägerei Beteiligten bereits ver-

laufen. Die Staatsanwaltschaft Münchens hat bereits die Untersuchung eingeleitet. Verhaftungen sind jedoch bis jetzt nicht erfolgt.

SPD. München, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Im Bayerischen Landtage wurde heute die sozialdemokratische Interpellation über die katastrophale Teuerung und die Ernährungsschwierigkeiten behandelt. Genosse Dr. Bauer beleuchtete gerade von seinem Standpunkt als Arzt aus die furchtbaren Leiden des werktätigen Volkes, während die kapitalistischen Kreise in einem Schemmertum dahinschliefen. Das Schmelzen dieser Kreise, zu denen der Redner auch die bürgerliche Mehrheit des bayerischen Landtages zählt, ist um so mehr zu verdammen, als sie gleichzeitig den widerlichsten Nationalismus zur Schau trägt. Im einzelnen zerstückelte dann Genosse Bauer den nichtsjagenden Berichtungsbericht der bayerischen Regierung, der auch objektive Unrichtigkeiten enthalte. Während z. B. heute rund die zehnfache Zahl von Händlern in Bayern ihr Unwesen treibe und man dem Bauer- und Schiebertum Tür und Tor öffne, heiße es in dem Bericht Anklings, daß die Regierung für einen richtigen Ausgleich in dieser Richtung gesorgt habe. Bei den schweren Vorkürfen — Dr. Bauer nannte die deutsche Kapitalistenklasse Einheitsfrontgewinnler, die jetzt daran sind, den Dolchstoß in den Rücken des eigenen Volkes zu führen — wurde die bürgerliche Mehrheit des Landtages förmlich unruhig, vor allem der für die Ernährungsverhältnisse in Bayern verantwortliche Landwirtschaftsminister, der in der Beantwortung der Interpellation seine ganze Unfähigkeit hinter dem Versailles Vertrag zu verbergen versuchte. Er stellte im übrigen die lächerliche Behauptung auf, daß während des Turnfestes in München niemand hätte Hunger leiden müssen, was auf der linken Seite des Hauses einen Sturm der Entrüstung hervorrief. Selbstverständlich hat niemand behauptet, daß die Kreise um den Minister jemals Hunger geküßten hätten und andere Kreise kennt ja dieses Muster eines Ernährungsministers nicht. Zum Schluß behauptete er (der Minister), daß unter Ernährungsbedarf in dem Augenblick behoben sein werde, wo auch unser Währungsbedarf sein Ende gefunden habe. Wenn der Bauer keine stabile Währung bekomme, dann komme die Ernte 1923 in aller kürzester Frist an die Verbraucher.

Goldanleihe und Kleinrentner.

SPD. Endlich, nach vielem Hin und Her kommt man zu einer Goldanleihe, für die schon im Juli d. J. im Kabinett Wirth und im September im Reichstag im 5. Ausschuss die Vertreter der Sozialdemokratie eingetreten sind. Es darf heute vielleicht daran erinnert werden, daß auch im Finanzministerium alles vorbereitet war, um die Ausgabe im September v. J. erfolgen zu lassen, als von der Reichsbank und der Industrie der Einspruch erhoben wurde und das Kabinett Wirth unter diesem Vorstoß von dem Vorhaben Abstand nahm. Damals bewegte sich der Dollarkurs um 1500. Man begriff, was es bedeutete, wenn zu jener Zeit die Anleihe herauskam, die zahlreiche Käufer vom Devisenmarkt abgehalten, die die Flucht aus der Mark in diesem fürchterlichen Ausmaß, wie wir es in der Folgezeit erlebt haben, verhindert hätte. Es ist ein Schaden von enormem Umfang zugesügt, für den die Kreise der deutschen Wirtschaft, die sich immer auf ihr Sachverstand berufen, die ganze Verantwortung tragen. Nachdem sich das Uebel so eingenistet hat, ist das Zurück viel schwerer. Heute erscheint es angebracht, auf eine Anregung, die in den Richtlinien des Reichswirtschaftsministeriums zur Goldanleihe seinerzeit enthalten war, zurückzukommen. Es sollte den Kleinrentnern und zugunsten der Wunden die Erwerbung der Goldanleihe erleichtert werden und die Beihilfen, die für Rentner im Etat eingelegt waren, eine besondere Vergünstigung beim Ankauf von Schuldverschreibungen erhalten. Damit wäre den Rentnern eine Goldverzinsung geboten, die verhindert hätte, daß das Geld in diesem Umfang anwuchs, wie es gegenwärtig in die Erscheinung tritt. Diese Unterstützung der Kleinrentner, wie es die Sozialdemokratie befürwortete, wäre mehr wert als alle nachträglichen Unterstützungen und die vielen Reden der sogenannten Mittelstandsvertreter im Reichstag, die bei all ihren Klagen zu keinen praktischen Vorschlägen kamen.

Stinnes fabriziert Kanonen für Frankreich.

Die Wiener Zeitschrift „Die Börse“ veröffentlichte kürzlich eine Notiz, wonach die Hälfte von den 1 1/2 Millionen Mark neuen Aktien der von Stinnes kontrollierten Alpinen Montanengesellschaft in der Besitz der französischen Waffen- und Munitionsfabrik Schneider-Cresat gelangt sei. Da die Essener „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die über die westfälische Schwerindustrie recht gut unterrichtet ist, diese Notiz ohne Kommentar nachdruckt, kann kein Zweifel über die Verständigung des Stinnes-Truists mit der französischen Schwerindustrie über die Wirtschaft in den österreichischen Nachfolgestaaten bestehen. Die Außenpolitik in Deutschland und besonders auch in Frankreich, wo man immer noch das Schreckgespenst des waffenfabrizierenden Deutschlands an die Wand malt, wird dadurch charakterisiert, daß die von Hugo Stinnes beherrschte Alpinen Montanengesellschaft augenblicklich mit Hochdruck Unterteile für französische Kanonen anfertigt.

Wirtschaftskrise in Luxemburg.

Berlin, 28. Juli.

Uns wird aus Luxemburg gemeldet: Es gibt wohl kaum ein Land, das so stark von den Rückwirkungen der Ruhrbesetzung getroffen worden ist, wie Luxemburg. Die Metallindustrie befindet sich wegen Brennstoffmangel mitten in einer schweren Krise. Die Produktion von Kohlen fiel von 159 176 To. im Dezember auf 87 873 To. im Februar und stieg dann wieder etwas an auf 95 931 Tonnen im April. Ebenso verringerte sich die Stahlproduktion von 133 677 To. im Dezember 1922 auf 78 866 To. im April. Von den 47 vorhandenen Hochöfen sind zurzeit nur 14 unter Feuer. Frankreich, das vor der Ruhrbesetzung 26 % des Reparationsstoffes an Luxemburg abgegeben sollte, hat diese Zuteilung auf 7 Prozent verringert. Da der geringe überschüssige belgische Koks zur Hauptmasse nach Frankreich geht, so ist der Koksbedarf der luxemburgischen Industrie außerordentlich groß. Die Käufer in England und Amerika haben den Ausfall nicht decken können, ganz abgesehen davon, daß die hierfür zu zahlenden hohen Kokspreise die Wettbewerbsfähigkeit der luxemburgischen Eisenindustrie wesentlich herabgedrückt haben. Bemerkenswert ist ferner noch der erhebliche Rückgang der Eisenbahneinnahmen seit Beginn der Ruhraktion.

Wahlerfolg in Holland.

11 Sozialisten statt 3 in der Ersten Kammer.

Amsterdam, 27. Juli.

Die heutigen Wahlen zur Ersten Kammer, die zum ersten Male nach dem Proportionalwahlssystem erfolgten, ergaben das folgende endgültige Resultat: Katholiken 16 (bisher 21), Orthodoxe 8 (14), Christlich-historische Partei 7 (7), Sozialisten 11 (3), Freiheitspartei (Unionsliberale) 5 (1), freisinnige Demokraten 3 (4).

England, Frankreich und Deutschland.

(Von einem Engländer.)

England interessiert sich politisch sehr wenig für Deutschland. Wirtschaftlich aber ziemlich stark. Man ist Gegner jeder Entwicklung, die eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen hindert. Infolgedessen ist man Gegner der Ruhrbesetzung. Englische Zustellen sind zwar der Meinung, die Ruhrbesetzung sei illegal und ein Teil der Presse (nicht nur die Liberale) vertritt die unmenhlichen Methoden der französischen Besatzungsbehörden, aber von einer allgemeinen Entzündung ist in England überhaupt nichts zu spüren. Wohl ist aber der Mißmut der englischen Geschäftswelt über die Störungen, die der Handel durch die Ruhrbesetzung erleidet, ganz beträchtlich. Er ist sogar ein wenig übertrieben und der phantastische Gedanke, die Arbeitslosigkeit in England sei auf die Ruhrbesetzung zurückzuführen, fängt allmählich an, besonders bei heftiger eingestellter Linkstabilisten, an Boden gewinnen.

Ferner sieht man mit einer gewissen Besorgnis dem sogenannten deutschen Zusammenbruch entgegen, ohne sich eigentlich klar zu machen, wie sich ein solcher Zusammenbruch gestalten würde. Auch hier denkt man eher wirtschaftlich als politisch. Ob die deutsche Regierung eine konservative, eine sozialistische oder eine Koalitionsregierung ist, hat für den Engländer wenig Interesse. Aber die Zerrüttung der Währung und die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Chaos wirken recht beunruhigend. Von diesem Standpunkt aus betrachtet man auch die Möglichkeit eines deutschen Bürgerkrieges. Vor einem Sieg des Faschismus hat man keine Angst, wohl aber vor Unruhen, die allgemein störend wirken könnten und auch, aus gleichen Gründen, vor kommunistischen Erfolgen. Mit Recht oder Unrecht ist man der Auffassung, Faschistenherrschaft bedeute Ordnung und Kommunistenerrschaft bedeute Unordnung. Die Art der Ordnung bleibt nebensächlich.

Man macht sich in Deutschland Illusionen, wenn man glaubt, England befürchte eine etwaige Hegemonie Frankreichs in Europa. Man hat gewiß Bedenken, Frankreich könne sich dauernd im Ruhrgebiet und im Rheinland festsetzen und könne dadurch die Idee des sogenannten Montanstrafes verwirklichen und nicht nur den Eisenmarkt der Welt beherrschen, sondern auch eine Kriegsindustrie ersten Ranges aufbauen. Derartige Gedankengänge sind ein wenig zu grandios und doch wohl mit Skepsis zu betrachten. Jedenfalls erwecken sie in England sehr geringe Besorgnis. Im Allgemeinen würde man es sogar begrüßen, wenn ein Zusammenarbeiten der deutschen und französischen Industrien zustande käme, denn dadurch würde eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage gefördert. Am endlich einmal stabile Verhältnisse auf dem europäischen Festland zu erzielen, würde man eine etwaige gesteigerte Konkurrenz auf dem Kohlen- und Eisenmarkt in Kauf nehmen.

Der angebliche französische Machtwille an sich erweckt in England weniger Besorgnis als der Versuch, ihn zu verwirklichen. Denn derartige Versuche, ob sie erfolgreich auslaufen oder nicht, bedeuten immer wieder neue Störungen, Komplikationen, Unruhen und vereiteln das Hauptziel der englischen Politik in Europa, die Rückkehr zu normalen Verhältnissen.

Die Engländer haben wenig Sympathie für Deutschland, denn sie haben den Krieg noch nicht vergessen. Der wegen seiner Deutschfreundlichkeit in Deutschland oft zitierte Journalist und Parlamentarier E. D. Morel ist in England kaum bekannt und hat nicht den geringsten Einfluß. Immerhin fängt Deutschland an, in der englischen Geschäftswelt eine beschränkte Hochachtung zu genießen. Man würdigt die deutsche Tüchtigkeit und großzügige Unternehmungslust. Die verhältnismäßige Unzulänglichkeit der Franzosen auf diesem Gebiet bleibt auch nicht unbeachtet und gerade deshalb ist man sehr skeptisch dem angeblichen französischen Anexionismus gegenüber und glaubt nicht recht daran, daß es den Franzosen auf die Dauer gelingen wird, Deutschland niederzukämpfen.

Man darf nicht vergessen, daß der englisch-französische Gegensatz sich nicht nur auf die Ruhrfrage beschränkt. Der Angoravertrag war eine viel schroffere Vertragsverletzung und eine viel trassere Gefährdung englischer Interessen als der Einmarsch in das Ruhrgebiet. Der englisch-französische Gegensatz beruht vor

allem auf französische Küstungen zur See und in der Luft. Er würde weiterbestehen, selbst wenn sich Frankreich mit England in der Ruhrfrage verständigte. Es ließe sich aber auch ein großzügiger englisch-französischer Ausgleich denken, bei dem das Schicksal des Ruhrgebiets doch in Frankreichs Händen bliebe.

Das Ruhrproblem ist eben nur ein Teil des Gesamtproblems der englisch-französischen Beziehungen. Dabei ist es aber doch zu einem genügend wichtigen Teil geworden, um die englische Regierung zu veranlassen, eine Lösung anzustreben. England arbeitet vorläufig nicht auf einen Bruch mit Frankreich hin. In der Ruhrfrage geht die allgemeine Tendenz der englischen Politik nicht dahin, sich vom Versailles Vertrag loszusagen, sondern Frankreich in die Vertragsstrahlen zurückzubringen. Italien ist so ziemlich für die englische Sache gewonnen und von den vielen Fäden, die Belgien an Frankreich knüpfen, sind einige schon zerfallen. Man rechnet mit der Möglichkeit, Frankreich innerhalb der Reparationskommission, d. h. auf dem Boden des Versailles Vertrages zu überstimmen.

Bei einer derartigen Entwicklung bekommt der Völkerbund eine ganz neue Bedeutung, da sich seine Grundzüge in diesem Falle mit den Richtlinien der englischen Politik decken. Engländer werden sich nicht auf diese zufällige Übereinstimmung nicht unbenuzt vorübergehen lassen. Das etwas ungefüge und unbeholfene Monstrum, das sich British Empire nennt, fängt an sich halb unbewußt und automatisch in Richtung Genf zu bewegen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß sich Deutschland baldmöglichst auch nach Genf begibt.

Die Tatsache, daß die englische Antwort auf das deutsche Angebot nicht nur den Verbündeten, sondern auch den internationalen Neutralen unterbreitet wurde, ist sehr wichtig und deutet auf eine zukünftige internationale Konferenz hin, der sich Frankreich nur mit Ungelegenheiten werde entziehen können. Für jeden unparteiischen Denker bietet das deutsche Angebot eine Grundlage zu Verhandlungen. Dieser Eindruck kann durch die englische Antwort nur vertieft und verstärkt werden, obgleich anzunehmen ist, daß diese Antwort Deutschland erheblichere Konzeptionen anraten wird, als man in Deutschland zu erwarten scheint.

Die moralische Isolierung Frankreichs kann nur größer werden, allerdings nur dann, wenn die deutsche Regierung keine besonders große Unvorsichtigkeit begeht und sich nicht auf kriegerische Entwicklungen mit Frankreich einläßt. Der aktive Widerstand ist fast schon der Anfang einer kriegerischen Verwicklung und über die Mitverantwortung gewisser Stellen der deutschen Regierung ist man in England ganz genau unterrichtet. Eins ist sicher: sollte es zu einem deutsch-französischen Krieg in größerem Stil kommen, so würde England dem alten Verbündeten beistehen und Deutschland wäre für alle Zeiten verloren.

Was Amerika anbetrifft, so ist eine aktive Unterstützung des englischen Druckes auf Frankreich bis zu den Wahlen, die im Herbst 1924 stattfinden, kaum denkbar und auch späterhin unwahrscheinlich. In Amerika kann England vorläufig nur propagandistisch wirken, was nicht allzuviel bedeutet. Man überschätzt leicht die Wirkungen eines noch so großzügigen moralischen Druckes. Wäre die Lage umgekehrt und hätte Frankreich die öffentliche Meinung der Welt hinter sich, und wäre sie gegen

England gerichtet, so würde sich die englische Regierung kaum von einer einmal eingeschlagenen Politik abschrecken lassen. In Amerika wohnen ungefähr zwanzig Millionen Iren, die, als englische Truppen vergeblich versuchten, den irischen Aufstand niederzuwerfen und einen unendlich viel grausameren Terror ausübten als der Franzosenterror im Ruhrgebiet, eine äußerst heftige Agitation gegen England führten. Und doch hat Amerika nichts getan, um Irland zu helfen. Wie kann also Deutschland auf amerikanische Hilfe hoffen?

England besitzt jedoch neben moralischen, auch andere Druckmittel — vor allem die Verstärkung seiner Luftflotte, ein Mittel von ungeheurer Tragweite, dessen Wirkung gar nicht abzusehen ist. England rüstet aber nicht, um die Franzosen aus dem Ruhrgebiet zu vertreiben, sondern um sich überall in der Welt gegen fremde Mächte, wenn auch in erster Linie gegen Frankreich, zu behaupten. Eine Lösung des Ruhrproblems würde dadurch nur bedingt und mittelbar gefördert. Das gegenseitige Rülsten Englands und Frankreichs ist das verhängnisvollste Symptom der Nachkriegszeit und in einigen Jahrzehnten kann es zu Ereignissen führen, denen gegenüber die Ruhrbesetzung ein Kinderpiel ist. Man soll das Rülsten Englands zur Lösung des Ruhrkonflikts ebensowenig herbeiwünschen, wie man ein Haus in Brand setzen soll, um Kasstanien zu rösten.

Schließlich — und das könnte sich für Deutschland als das Nützlichste erweisen — zeigen sich in England bereits die Anfänge einer Neigung, sich unmittelbar mit Deutschland zu verständigen. Natürlich nicht mit einer Spitze gegen Frankreich. An ein englisch-deutsches Bündnis ist überhaupt gar nicht zu denken. England ist jedoch genötigt, die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Wird England durch den Verfall der deutschen Währung, durch die deutsche Schleuderkonturrenz und durch die verminderte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes allzu sehr geschädigt, so würde es sich schon dagegen zu schützen suchen, indem es die deutsche Regierung finanziell unterstützt oder der Reichsbank Mittel zur Verfügung stellt, oder den freien Handel zwischen den beiden Ländern in möglichst großem Umfange wiederherstellt. Solche Maßnahmen würden zwar den deutschen Willen zum passiven Widerstand stärken (d. h. wenn er dann überhaupt noch existiert), aber das wäre eine unvermeidliche Nebenwirkung, die England Frankreich gegenüber mit befähigenden, an die Kameradschaft und die gemeinsamen Opfer des Krieges erinnernden Worten bedauern würde. Wenn Frankreich, um sich gewisse Zahlungen zu sichern, in Deutschland einmarschiert, gleichgültig, ob die Interessen eines Verbündeten dabei leiden, so ist es England wohl auch erlaubt, Maßnahmen zur Sicherung des eigenen Handels zu treffen, selbst wenn französische Interessen dabei ein wenig beeinträchtigt werden.

Ein Deutscher würde wohl erwidern: „Was nützen uns diese englischen Kniffe?“ Nimmt die englische Politik tatsächlich eine Wendung zugunsten Deutschlands, so kann es gleichwohl Jahre dauern, ehe eine entscheidende Wirkung eintritt. Wir aber stehen vor der Katastrophe. Jahre können wir nicht warten. Vielleicht nicht einmal Monate. Wir brauchen eine baldige Entscheidung und diese kann nur durch ein rasches, energisches Eingreifen Englands kommen.“

Gewiß ist eine baldige Lösung unerlässlich. Denn selbst wenn man die Wahrscheinlichkeit einer sogenannten Katastrophe etwas skeptisch beurteilt, so bleiben die Leiden des deutschen Volkes ungeheuer. Eine baldige Lösung ist aber nicht zu erwarten, und in England hegt man keine Illusionen über die Grenzen der eigenen Macht. Nach und nach muß der englische Druck spürbar sich machen, aber vorläufig wird sich Deutschland allein mit Frankreich abfinden müssen, wobei es höchstens auf eine gewisse Anlehnung an England und an den Völkerbund als Hilfe zählen dürfte. Das Foreign Office in London würde es bedauern, wenn sich Deutschland auf England verlassen würde. Es würde eine deutsch-französische Verständigung keineswegs, wie man in Deutschland vielfach und irrtümlich annimmt, zu verhindern suchen, sondern im Gegenteil freudig begrüßen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Leber. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., Kämtisch in Lübeck.

Devisen-Kurse.

Berlin, 31. Juli.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse:

	30. Juli.	27. Juli.
Amsterdam	1 fl. 428925,—	161094,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 52367,50	20448,50
Kristiania	1 Kr. 175560,—	67431,—
Kopenhagen	1 Kr. 195510,—	72419,—
Stockholm	1 Kr. 290272,50	109725,—
Helsingfors	1 Finn. Mk. 30423,50	11770,50
Rom	1 Lire 47880,—	18054,50
London	1 £ 4987500,—	895250,—
Newyork	1 Dollar 1097250,—	412965,—
Paris	1 Frs. 63840,—	24738,—
Zürich	1 Frs. 194512,50	73715,—
Madrid	1 Pesetas 155610,—	55852,50
Wien	100 Kr. 1596,—	598,50
Prag	1 Kr. 83166,50	12468,50
Budapest	100 Kr. 44,82	29,92

Drei Soldaten.

Roman von J. J. J. J.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumpertz. (Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

61. Fortsetzung.
„Knöpfen Sie Ihren Mantel zu!“ schnarrte eine Stimme in sein Ohr.
Andrews sah plötzlich auf. Ein Militärpolizist mit einem roh aussehendem Gesicht, in dem eine lange, scharfe Nase stand, kam auf ihn zu. Andrews knöpfte seinen Mantel zu, sagte aber nichts.
„Lungern Sie hier nicht so rum!“ schrie der Militärpolizist hinter ihm her.
Andrews wurde rot und ging weg, ohne den Kopf zu wenden. Er war heiß und brennend vor Erniedrigung; eine wütende Stimme in ihm sagte immer und immer wieder: Du bist ein Feigling, du hättest dich dagegen auflehnen sollen.
Groteske Bilder von Revolten stammten durch sein Bewußtsein, bis er sich daran erinnerte, daß, als er noch sehr klein war, derselbe aufreißerische Scholz ihn ergreifen und gepeinigt hatte, wenn er irgendeinen Zusammenstoß mit einem älteren Menschen gehabt hatte. Hilflöse Verzweiflung flatterte in ihm wie ein Vogel, der umsonst gegen den Draht seines Käfigs mit den Flügeln anschlägt. Gab es keinen Ausweg, keine Bewegung der Empörung dagegen? Wußt man Tag nach Tag so weiter leben, die Erbitterung himmelwärts, die jedes neue Zeichen der Sklaverei neu ins Bewußtsein bringt?
Er ging aufgeregt durch den Jardin des Tuilleries, der voller kleiner Kinder und Frauen mit Hund und Kindermädchen mit gestärkten weißen Händen war. Dort traf er Genevieve Rod und ihre Mutter. Genevieve war grau angezogen, etwas zu elegant für Andrews Geschmack. Madame Rod trug schwarz. Vor ihnen lief ein schwarzer Terrier hin und her auf nervösen kleinen Beinen die wie Stahlfedern zitterten.
„Ist er nicht herrlich, dieser Morgen!“ rief Genevieve.
„Ich wußte nicht, daß Sie einen Hund haben!“
„Oh, wir gehen nie aus ohne Santo. Ein Schuß für zwei einsame Frauen, wissen Sie,“ sagte Madame Rod lächelnd. „Komm, Santo, bis bon jour a monseigneur.“
„Er ist gewöhnlich in Poissar“, sagte Genevieve.
Der kleine Hund bellte Andrews während an mit einem schrillen Bellen, das wie das Schreien eines Kindes klang.
„Der weiß, daß er einem Soldaten eigentlich nicht so recht trauen sollte.“
„Sie sehen aus, als ob Sie mit jemand gestritten hätten“, sagte Genevieve Rod leicht.
„Mit mir selbst. Ich werde ein Buch über Psychologie schreiben. Es wird sehr amüsan sein“, sagte Andrews mit rauher, zorniger Stimme.

Aber wir müssen uns beeilen, meine Liebe, wir werden zu spät zum Schneider kommen“, rief Madame Rod ein. Sie hielt ihre schwarz behandschuhte Hand Andrews hin.

„Wir werden heute nachmittag zum Tee zu Hause sein. Sie könnten mir etwas mehr aus der „Königin von Saba“ vorspielen“, sagte Genevieve.

„Ich fürchte, ich werde nicht dazu fähig sein. Aber man kann ja nie wissen. Danke schön.“

Er fühlte sich frei, als sie fort waren. Er hatte Angst gehabt, er würde in irgendeiner kindische Tirade ausbrechen. Wie schade, daß Henslowe noch nicht zurück war! Dem hätte er all seine Verzweiflung ausschütten können. Er hatte es schon oft getan, und Henslowe war jetzt entlassen!

Müde stellte Andrews fest, daß er jetzt wieder intrigieren mußte, wie er intrigiert hatte, um nach Paris zu kommen. Er dachte an das weiße Marmorgebäude und die Offiziere und ihre glänzenden Stiefel, die ein und aus gingen, und an die Schreibmaschinen, die in jedem Zimmer tippten, und keine Hilfslosigkeit gegenüber all diesen Dingen ließ ihn zittern.

Plötzlich kam ihm ein Gedanke. Er lief die Treppen hinunter zu einer Station. Aubrey würde schon in Orillon jemanden kennen, der ihm helfen könnte.

Aber als der Zug den Concorde-Bahnhof erreichte, hatte er nicht genug Willenskraft, um auszu steigen. Er fühlte einen heftigen Widerwillen gegen jede Anstrengung dieser Art. Reichen Sinn hatte es, sich selbst zu erniedrigen und andere um Gefälligkeiten zu bitten! Es war sowieso hoffnungslos. In einem wilden Ausbruch von Stolz rief eine innere Stimme ihm immer zu, daß er, John Andrews, keine Schenken fernen dürfe, er, der intensiver als die übrigen lebe, mehr Schmerzen und mehr Freude lide, der die Kraft hatte, seinen Schmerz und seine Freude auszudrücken, seinen Willen denen, die ihn umgaben, aufzuzwingen sollte. „Psychologie der Sklaverei“, stellte Andrews fest und zerbröckelte die Seifenblase seines Egoismus.

V

„So, ich komme ohne!“ sagte Andrews lachend.
„Wie interessant!“ rief Genevieve. „Aber man wird Ihnen auch so nichts tun können. Chartres ist sehr nah; es liegt an den Toren von Paris.“

Sie waren allein im Abteil. Der Zug fuhr aus der Station hinaus und durch die Vorstädte hindurch, wo die Bäume in den Gärten voller Blüten stunden und Obstbäume weiß über den roten Fegelnästen schimmerten.

„Wie dem auch sei“, sagte Andrews, „ich habe die Gelegenheit benutzt, als man mich nicht bemerkte.“

„Das muß ja eines der amüsansten Dinge im Soldatenleben sein, Befehle umgehen. Wahrscheinlich hat Damocles sich sehr mit dem Schwert über dem Haupt gefreut. Glauben Sie nicht auch?“ Sie lachte.

„Aber meine Mutter hat ihre Bedenken gegen diese Ausfahrt mit Ihnen. Sie will sehr modern und liberal sein, aber im letzten Augenblick erschrak sie immer. Und meine Tante wird Weltuntergang denken, wenn wir erscheinen.“

Sie fuhren durch einige Tunnel, und als der Zug in Sevres hielt, schauten sie in das Seitennetz, wo der blaue Nebel eine Patina über das sanfte Grün neuer Blätter gelegt hatte. Dann fuhr der Zug durch weite Ebenen voll blaugrünen Schimmern junger Stäben nach dem goldenen Grün reifer Weizenfelder.

„Wie schön ist es, am frühen Morgen aus der Stadt herauszufahren... Hat Ihre Tante ein Klavier?“

„Ja, ein sehr altes und klapperiges.“

„Es würde sehr schön sein, Ihnen all das, was ich bisher an der „Königin von Saba“ gearbeitet habe, vorzuspielen. Sie können mir sehr viel helfen.“

„Ja, ich bin an Ihrer Arbeit sehr interessiert. Ich denke, Sie werden es eines Tages zu etwas bringen.“

Andrews zuckte die Achseln.

Sie sahen schweigend in dem rudernden Rhythmus der Räder auf den Schienen, schauten sich dann und wann fast verstockt an. Draußen flossen Felder und Heiden und Bäume mit Blütenwogen vorbei, hinter den Telegraphenmasten und dem Draht, auf dem die Sonne rote Kupferstreifen abmalte. Andrews entdeckte plötzlich, daß der kupferige Glanz der Telegraphendrähte derselbe war, wie der Glanz in Genevieves Haar.

Genevieve, Artemisia, Agnès. Die Namen krochen langsam in sein Bewußtsein, so daß er sich, als er aus dem Fenster hinausschaute auf die langen Kurven der Telegraphendrähte, die aufsteigen und wieder zu fallen schienen im Vordergrunde, ihr Gesicht vorstellen konnte mit den großen, hellbraunen Augen, dem kleinen Mund und der breiten, glatten Stirn.

„Sagen Sie mir“, fragte sie, „wann begannen Sie, Musik zu schreiben?“

Andrews strich sich das in Unordnung geratene Haar von der Stirn.

„Ich glaube, ich habe heute morgen vergessen, mir das Haar zu kämmen. Sie sehen, wie erregt ich war, mit Ihnen nach Chartres zu fahren, so allein. Ja, meine Mutter lehrte mich, Klavier zu spielen, als wir noch klein waren. Sie und ich lebten in einem alten Hause, das ihrer Familie in Virginia gehörte. Was das von alledem, was Sie bisher erlebt haben, verstanden sein mag! In Europa wäre es unmöglich, so isoliert zu sein, wie wir in Virginia waren. Mutter war sehr unglücklich. Ihr Leben war entsetzlich zugrunde gerichtet worden... Jenes unbefreite, hilflose Elend, das nur eine Frau erleben kann... Sie erzählte mir immer Geschichten, und ich legte sie dann in Musik. Sie pflegte kundenlang wunderwolle Kopien meiner Melodien zu machen. Meine Mutter ist der einzige Mensch, der je in meinem Leben eine wirkliche Bedeutung hatte... Aber ich entbehre das technische Training.“

Zur Aufklärung!

An meine Kundschaft!

Die Margarinefabriken sind durch die geringfügige Devisen-Abgabe der Reichsbank nicht in der Lage, eine, wenn auch noch so geringe Belieferung der Kundschaft vorzunehmen. Es ist mir daher nicht möglich, eine Ergänzung der Margarine und Fette im Verhältnis zum Abgang vorzunehmen.

Ich bitte deshalb meine Kundschaft, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, keine Hamstereinkäufe zu machen, und den Einkauf auf das allernotwendigste zu beschränken. Die Fett- und Margarine-Preise sind heute im Einkauf ca. 30 000 bis 40 000 Mk. teurer als der Ladenpreis.

Nur die verständige Mitwirkung des kaufenden Publikums kann davor retten, in dieser wirklich schweren Zeit die Geschäfte nicht schließen zu müssen.

4786

Paul Buemester jun., Seinkosthandlung

Holstenstraße 24 * Fernsprecher 3763.

Zeitungsaussträgerin

gegen sehr gute Bezahlung für Schwartau und Landwehr, auch für Lübecker geeignet. Zu melden bei Giese, Bariner Straße 30. (4023)

Suche Villa mit großem Garten
bei voller Auszahlung. Verkäufer kann wohnen bleiben. (4764)
Angeb. u. C 102 a. d. Exp. d. Bl.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit dankt mir herzlich
Will Henning u. Frau (4775)

Allen denen, die meinem lieben Mann, umi. guten Vater die letzte Ehre erwies, insbes. Herrn Pastor Straßer, d. Friedhofsbeförderung, den Kolleg. beider Friedhöfe sowie dem Gemeindefriedhof-Vorstand umi. besten Dank. (4781)
Frau D. Haidberg, Wwe. H. Haidberg u. Frau. (4781)

Gaushälter nach Kiel zu sofort gesucht. Ang. u. C 104 a. d. Exp. (4750)

Junges Ehepaar sucht Zimmer. Ang. u. C 105 a. d. Exp. (4779)
Schöne, gr. 3-Zimmerwohn. m. Gas, Stall u. Garten geg. 3-Zimmerw. m. Gas u. d. Solikent. a. t. gel. Hamburgetfer 9 I. (4747)

Zu mieten gel. Stall u. leerer Raum. Ang. u. C 93 a. d. Exp. (4745)
Chaiselongue zu verf. (4771) Obertrave 17.

Jünglings-Sommeranzug z. verkaufen. (4761) Falkenwiese 16 II.

Dämbin von Niendorf (Lübeck) zugelaufen. (4757) Mittelstr. 16 a.

1 Alpakaftleid m. f. geg. Boilkleid zu tauschen. Ang. unter C 99 an die Exp. d. Bl. (4785)

1 Grube geg. Bettwäsche od. Lebensmittel z. t. gel. Ang. u. C 103 a. d. Exp. (4769)

Gej. Mary "Kapital". Ang. u. C 96 a. d. G. (4749)
Wassermasse d. Retteich verloren, bitte abzugeben (4772) Ziegelstraße 5/24.

Verloren von der Boigangstraße bis zum Konjum, Kottwitzstr., 2 bunte Mantelstragen, Abzug. b. Frau Seidel, Boigangstr. 14. (4766)

Steppdecken Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann Breitestr. 31. Fernsp. 3559 (4597)

Dr. med. EVERS, Hals-, Nasen-, Ohrenarz. Breitestraße 83 I. zurückgekehrt. (4759)

Dr. Joel zurück. (4752)

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Buchhandlung Friedrich Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-, Uhrmacher Hähner, Finkenhausen 13. (4699)

Maulwurf-, Reh-, Felle sowie alle and. Sorten kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner, Tel. 3414 Dankwartstraße 28, (4742) Holstenstr. 2.

Künstliche Gebisse, einzelne Zähne kauft ständig Goldschmied Tollgreve 92 Königstraße 92
Kostenlose Auskunft.

Abrundung der Buchungsbeträge auf volle 100 Mark.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir vom 6. August 1923 ab

Aufträge, deren Beträge nicht auf volle 100 Mark lauten,

nur noch dergestalt ausführen, daß wir die Beträge auf volle 100 Mk. nach unten abrunden.

Bei Erteilung von Sammelaufträgen (bei Beorderung mehrerer Ueberweisungen auf demselben Vordruck, gleichzeitiger Kollierung mehrerer Entnahmen, oder gleichzeitiger Einreichung mehrerer Schecks oder Wechsel zur Gutschrift) erfolgt die Abrundung nicht bei der gesamten Summe der Geschäftsvorgänge, sondern bei jeder einzelnen Ueberweisung, Entnahme oder Rimesse.

Wir bitten daher, im Bankverkehr Beträge, die nicht auf volle 100 Mk. lauten, nicht mehr aufzugeben und schon jetzt darauf bedacht zu sein, daß im Scheck-, Wechsel- und Ueberweisungsverkehr die Ausschreibung von Beträgen unterbleibt, die nicht restlos durch 100 Mark teilbar sind.

Lübeck, im Juli 1923. (4746)

Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H. Commerz-Bank in Lübeck
Commerz und Privat-Bank Akt.-Ges. Filiale Lübeck
Darmstädter und Nationalbank Filiale Lübeck
Direktion der Diskonto-Gesellschaft Filiale Lübeck
Dresdner Bank Filiale Lübeck
Alfons Franz & Co.
Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
Landbank Lübeck e. G. m. b. H.
Lübecker Privatbank
Spar- und Kassebank zu Lübeck
Vorkauf- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck
Louis Wolff Commanditgesellschaft.

Lübeck Auf dem Burgfeld Lübeck
Sonntag, 5. Aug. letzter Tag

Carl Hagenbecks Menagerie auf Reisen
Tiere aus allen Weltteilen. Ab 4 Uhr stündlich Dressurspiele, 4 1/2 Uhr Hauptfütterung. (4730)

Kolosseum Gross. Ball
Morgen Mittwoch
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. (4740)
Joh. und R. Mittag.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Lübeck. (4782)

Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, 2. Aug. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Leber.
2. Abrechnung vom 2. Quartal.
3. Lohn- und Gehaltsbewegung.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher vorzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater. Heute Dienstag 8 Uhr: Große Abschiedsvorstellung des gesamten Sommerpersonals und letztes Auftreten von Emil von Dolken und Dir. O. Erasm. (4765)
Zum letzten Male: „Flachsmann als Erzieher“. Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.

Ab Mittwoch, 1. August 8 Uhr abends: Gastspiel der Berliner Kottler-Bühnen „Die Entlassung“ Kaiser Wilhelm II.—Bismarck-Drama von Emil Ludwig.

Café Bernhardt Fackenhurger Allee 9. Täglich nachm. Konzert. (4641) u. abds.: Konzert.

Volksbühne zu Lübeck e. V. (4777)
Die Ausgabe der Fahrkarten, sowie Neuaufnahmen für unsere Abendveranstaltungen erfolgen ab Dienstag, den 31. Juli, soweit Platz noch vorhanden, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52, Zimmer 2, nachm. von 4-7 Uhr.

Stadt-Theater, Lübeck. Abonnements für Theater, Sinfoniekonzerte, Volkstheater, Konzerte auf 8 Vorstellungen der Niederdeutschen Bühne, Hamburg (letztere für Mitglieder der Blätter deutschen Gilden) werden täglich von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr in der Theaterkasselerie Eingang Fischergrube angenommen. Grundgebühren von 20 000 bis 600 000 Mk. müssen bei Bestellung entrichtet werden. Frist für vorjährige Abonnenten bis 4. August. Prospekte in der Theaterkasselerie und in allen Buchhandlungen. (4732)

Die Eröffnung der Stern-Apotheke Moislinger Allee 52, Ecke Töpferweg findet am 1. August ds. Js. statt. (4745)
Fernsprecher 3737.
Alfred Barteld, Apotheker.

Weit unter Tagespreis Stoffe für Herren- und Knaben-Anzüge, Kostüme und Mäntel. H. Kesten, Holstenstr. 17 I.

Wilhelm Bentlin, Marktstr. 44a Damen- u. Herren-Frisier-Salons
Herstellung aller Haararbeiten. Besondere von Haarwusch, Seifen, Haarwachs und Parfüms. (4776)

Alle Grammophonplatten und Bruch z. kg bis 20 000 Mk. Eisen, Metalle, Lampen, Papier kauft Erdmann, Tel. 2751. Glockengießerstraße 61. (4748)

Margarine und Fette. Um eine gerechte Verteilung der sehr gering herantommenden Quanten vornehmen zu können, wird nur ein Pfund zur Zeit abgegeben.
Lübecker Margarine-Zentrale. (4756)

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.
Außerordentliche General-Versammlung am Dienstag, dem 31. Juli 1923, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. (4444)
Tages-Ordnung: Statutenänderung. Der Vorstand. Anteilsscheine legitimieren!

Brauerei Walkmühle. Sonnabend, den 4. August 1923
Sommernachtsball der Lübecker Berufsfeuerwehr. Anfang 7 Uhr. Der Vergnügungsausschuß. (4750)

Sünderhof. Jeden Mittwoch u. Freitag Saugkräuschen

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 31. Juli.

Der Dollar steigt!

Hörst du den Jubel, das tolle Gelächter
Auf Börsen, im lauschigen Weinkabinett?
Großloft ihr, taubblütige Menschenschlächter,
Und seht ein Volk auf dem Totenbett?
Sie haben kein Herz und gar kein Gewissen.
Wenn der gewinnreiche Tag sie reizt,
Gegen sie traumlos in seidnen Kissen
Und haben der Welt den Erfolg gezeitet:
Der Dollar steigt!

Hörst du das Leise, herzschwere Weinen
Der deutschen Mutter in tiefer Not.
Sie hat für die sieben hungernden Kleinen
Kein Tröpflein Milch und kein Stückchen Brot!
Die nasse Träne auf begeren Wangen
Erzählt viel Leid, das der Mund verschweigt,
Während der Teufel vom Tische geist:
Der Dollar steigt!

Robert Gök (im „Proletarier“).

Die Not der Presse.

Mit haben vor einigen Tagen schon darauf hingewiesen, daß die Verdrehung des Papierpreises eine wesentliche Erhöhung des Bezugspreises aller Zeitungen und Druckchriften einleiten muß.

Die Reichspost hat nun die Unmöglichkeit eingesehen, daß die Verlage nicht imstande sind, im vorstehenden die Preise festzusetzen. In folgender Vereinbarung ist es nun zwischen Post und Verlag gekommen:

„Infolge der unaußhaltbar fortwährenden allgemeinen Teuerung sehen sich die unterzeichneten Verlage gezwungen, den Postbezugspreis für den Monat August im Einverständnis mit der Postverwaltung als „Freiheitslohn“ zu bezeichnen. Tritt die Notwendigkeit ein, den Preis zu erhöhen, so werden wir den Unterschiedsbetrag zwischen dem an die Post bezahlten und dem neuen Preise unmittelbar von unseren Bezählern erheben. Falls die Nachzahlung abgelehnt wird, sind wir berechtigt, die Lieferung unseres Blattes vom 21. August an einzustellen.“

Die ganz ungewöhnliche Steigerung der Papierpreise und aller Kosten des Zeitungswesens, zurückzuführen auf den sinkenden Wert der Mark, nötigen die Zeitungen des ganzen Reiches zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Die Lübecker Zeitungsverleger haben beschlossen, lediglich die allerdingen, zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und ihrer Personale notwendigen Erhöhungen der Bezugs- wie der Anzeigenpreise einzutreten zu lassen. Die Preise sind angesichts des gesunkenen Geldwertes und angesichts der in den übrigen Teilen Deutschlands erreichten, gleichwertigen Preise als sehr mäßig zu bezeichnen. Zur Aufrechterhaltung des Zeitungsbetriebes ist weiter erforderlich, daß die Bezugsgeber bis spätestens Dienstag, den 8. August bei uns eingehen. Das Papier sowie ein Teil der Gehälter und Löhne müssen wir voraus bezahlen.

Lübeck, 31. Juli 1923.

Verlag des Lübecker Volksboten.

Der 1. August.

Mit dem 1. August treten bei der Post, sowie bei der Eisenbahn wesentlich höhere Sätze in Kraft.

Nach haben sie sich nicht ausgedrückt und schon kündigt der Reichspostminister für den 1. September eine weitere Erhöhung an. 200 Prozent sind in Aussicht genommen. Es dürfte also ein Fernbrief nachher 3000 Mark, eine Fernpostkarte 1200 Mark kosten. — Kommt da vormittags ein Pfund Schmalz und geht nachmittags im selben Laden, so zahlst du vielfach das Doppelte und mehr. Usw. So etwas nennt sich gelegente kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Die Fachminister der Deutschen Volkspartei sind Zierden ihres Standes und ihre Tüchtigkeit in Zweifel ziehen, hieße Bismilligkeit. Ihnen etwa nachzugeben zu wollen, daß sie mehr die Vertreter ihrer Klasse, als Vertreter und Sachwalter der unteren Klassen seien, d. h. der Mehrheit des deutschen Volkes, hieße Verleumdung.

Und doch gibt es keinen deutschen Arbeiter, der braucht befehle kein Sozialdemokrat zu sein, der glaubt, daß die Herren Cuno und Baezel regieren, regieren für das Volk.

Die Verleumdung der Massen macht gewaltige Fortschritte. Was uns die nächste Zeit bringen wird, wer will es wissen.

Das organisierte Proletariat, die sozialdemokratische Arbeiterpartei, hat auf die Wacht zu sein.

Mehr denn je ist der Zusammenschluß der sozialistisch Denkenden notwendig. Im Ende dieser beispiellosen Periode, im geschichtlichen Verwegang eines Volkes, muß der Sozialismus hell leuchtend vor uns sein.

Kein Verzagen, kein Zweifeln.

Auf dem Wege zur Höhe gibt es Hemmnisse, doch Ausdauer und Festhalten an dem richtig Erkannten gibt die Kraft zum Sieg.

Ein Brief ab September 3000 Mark.

Und werbeständige Tarife.

Im Reichspostministerium ist die angekündigte Vorlage über die neue Postgebührenordnung, die ab 1. September in Kraft treten soll, fertiggestellt worden. Die von der Reichspostverwaltung vorgeschlagenen Erhöhungen sehen durchweg einen 200prozentigen Aufschlag auf die am 1. August in Kraft tretenden Gebühren vor. Demnach soll ab 1. September der Fernbrief 3000 Mk. und die Fernpostkarte 1200 Mk. kosten. Bei den Telegrammen wird eine Grundgebühr von 4800 Mk. und eine Wortgebühr von 2400 Mk. vorgeschlagen. Die Ortsgebühr im Fernpostverkehr soll auf 1500 Mark festgesetzt werden. Die Jahresgrundgebühren für Fernsprechanschlüsse sollen von der neuen Erhöhung zunächst nicht betroffen werden.

Zur Begründung der neuen Vorlage führt die Reichspostverwaltung an, daß der Jahresfahrbetrag der deutschen Reichspost, der bei der Festsetzung der am 1. August in Kraft tretenden Gebühren 5,9 Billionen Mark betrug, inzwischen auf ungefähr 30 Billionen angewachsen ist. Die Aufwendungen, die der Reichspostverwaltung aus den letzten Erhöhungen der Dienstleistungen der Beamten und Staatsarbeiter erwachsen, belaufen sich auf das Jahr gerechnet auf ungefähr 20 Billionen Mark: die jährlichen Ausgaben betragen ungefähr 5 Billionen Mark. Gegenwärtig finden im Reichspostministerium Beratungen darüber statt, wie eine gewisse Wertbeständigkeit der Tarife erreicht werden kann. Es ist beabsichtigt, bestimmte Grundlagen für die Gebühren festzusetzen, die es gestatten, mittels einer zu errechnenden Schlüsselzahl die Gebühren der Teuerung schneller als bisher anzupassen.

Vertreterversammlung des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. Am Sonntag, dem 29. Juli tagte im Gewerkschaftshaus die erste Vertreterversammlung, die an die Stelle der Generalversammlung getreten ist. Geschäftsführer Henze gab den Bericht über den Verlauf des letzten Vierteljahres vom 1. April bis 30. Juni 1923. Die Umsätze betragen im April 1225 Millionen, im Mai 1734 Millionen und im Juni 3925 Millionen, mithin im abgelaufenen Quartal 6885 Millionen Mark. Der Monat Juli lasse einen Umsatz von 10 Milliarden erwarten. Von besonderer Bedeutung für den Konsumverein sei die Fertigstellung der eigenen Bäckerei, die seit 10. Juli die Abgabestellen mit Brot versorge. Die Qualität des Brotes befriedige. Die Nachfrage nach Backwaren sei so groß, daß es wahrscheinlich notwendig werde, schon in nächster Zeit an eine Vergrößerung der Bäckerei zu denken, umso mehr nach Aufhebung der Zwangsverpflichtung auch die Belieferung der außerhalb Lübeds liegenden Abgabestellen hinzutune. Die gemeinschaftliche Brotversorgung habe in Lübeck bedeutend zugenommen, da die Genossenschaftsbäcker keinen nennenswerten Zuschlag zu verzeichnen habe. Eine weitere Abgabestelle wurde in der Sieblung Brandenbaum errichtet. Ferner lände die Errichtung einer Abgabestelle in der Eichenburgstraße unmittelbar bevor. Man könne also zusammenfassend berichten, daß es mit der Genossenschaftsbewegung in Lübeck vorwärts geht.

Hierauf berichtete Geschäftsführer John über die Schwierigkeiten der Warenversorgung. In Berlin hätten bereits eine Reihe von Geschäften wegen Warenmangels geschlossen. Der Konsumverein hätte zur Einleitung von wichtigen Lebensmitteln schreiben müssen, um die Lebensmittelversorgung seiner Mitglieder nicht zu gefährden. Leider müsse aber mitgeteilt werden, daß uns wohl noch größere Schwierigkeiten bevorstünden. Das Wichtigste sei, für das erforderliche Betriebskapital zu sorgen, da mit einer wesentlichen Verschärfung der Kreditbedingungen zu rechnen sei. Der Lübecker Großhandel habe für die Zufuhrverorgung bereits Staatskredit gefordert und auch erhalten. Wenn die Genossenschaftsbewegung auch auf dem Boden stehe, mit eigener Kraft und mit eigenen Mitteln die Geschäfte zu führen, so habe man sich in diesem Falle doch entschlossen, diesen Kredit ebenfalls zu benützen. Wenn man aber sicher gehen wolle, müsse man sich auf eigene Füße stellen. Vorstand und Aufsichtsrat hätten daher beschlossen, eine wesentliche Erhöhung des Geschäftsanteils zu fordern. Die in Aussicht genommene Erhöhung des Geschäftsanteils auf 200 000 Mark sei aber inzwischen schon wieder überholt. Wenn aber die Einzahlung des Geschäftsanteils auch prompt erfolge, gäbe es noch eine weitere Schwierigkeit zu überwinden und zwar die Dividendenzahlung. Um 100 Aktien Schmalz, 100 Tsd. Reis und 100 Tsd. Reisemehl zu bezahlen, sei ein Betrag von etwa 2000 Dollar erforderlich. Es werden aber geradezu lächerlich geringe Summen in Devisen angeteilt. Man müsse sich wirklich fragen, was die verantwortlichen Stellen sich dabei denken. Trübe sehe es auch mit der Lagerungsverordnung aus. Eine Fabrik, die dem Konsumverein sonst wöchentlich ca. 100 Zentner geliefert habe, hätte ganze 3 Zentner in der letzten Woche geliefert. Nachdem Redner noch auf die Vorteile genossenschaftlichen Zusammenhaltens hinwies, eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Warne die Aussprache und teilte mit, daß ein Antrag eingegangen sei, der eine Erhöhung des Geschäftsanteils auf 500 000 Mk. vorschlägt. In der Aussprache beteiligten sich eine ganze Reihe von Vertretern, die den Geschäftsführern des Konsumvereins verschiedene Wünsche mit auf den Weg geben, die aber alle dem Antrag den Geschäftsanteil auf 500 000 Mark zu erhöhen, zustimmen und auch die Notwendigkeit rascher Einzahlung betonen.

Es wurde beschlossen:
1. der Geschäftsanteil beträgt 500 000 Mk.,
2. das Eintrittsgeld beträgt 10 000 Mk.
Die Hauskassierung wird eingestellt. Die Einzahlung des Geschäftsanteils erfolgt wöchentlich in der Abgabestelle. Der wöchentliche Einkommen aus Arbeit hat, muß wöchentlich mindestens einen zwei bis dreifachen Stundenlohn einzahlen oder einen Betrag von mindestens 100 000 Mark bis zum 15. August.
Hierauf erhält Geschäftsführer John das Schlusswort und führt aus: Es sei erträulich, Einmütigkeit der einzelnen Körperlichkeiten feststellen zu können. Die heutige Tagung habe erneut gezeigt, daß man nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten gewillt sei, die Genossenschaftsbewegung zu unterstützen. Würde aber jedes Mitglied nach bestem Können für prompte Einzahlung des nunmehr erhöhten Geschäftsanteils beizutragen sein, so glaube auch die Verwaltung, einen Teil der Wünsche, die heute vorgetragen seien, erfüllen zu können. Nur Taten und nicht leere Worte könnten die Genossenschaftsbewegung rasch vorwärtsdrängen zum Segen der Verbraucher und zum Nutzen des Wiederaufbaues unserer zerrütteten Wirtschaft.

Vom Reisegeruch. Nicht jeder, der den Wanderstab in die Hand nimmt, ist ein Heine oder gar Goethe, aber wohl ist jeder in irgendeiner Weise unterwegs zu machen, die den Reisenden und besondere Ereignisse und Beobachtungen festhalten. Sie können literarisch schmallos sein, wenn sie nur das Tatsächliche klar erkennen lassen. Nichts Interessanteres, als später in diesen Tagebüchern zu blättern, sich in die Zeiten zurückzuersehen, in denen man als rüstiger Fußgänger Wald und Feld durchwanderte, und vielleicht auch Vergangenheit und Gegenwart zu vergleichen. Man gehe nicht auf sein „fabelhaftes“ Gedächtnis — gerade wer viel wandert, wird später nicht alle Einzelheiten auseinanderhalten. Unnötig zu sagen, daß die Aufzeichnungen keine Gelehrsamkeit enthalten sollen — was in den Reisebüchern steht, braucht nicht abgeschrieben zu werden, sondern man soll das Festhalten, was die eigenen Augen gesehen und die eigenen Ohren gehört haben. Sind die Wanderungen ausgedehnter Art, so empfiehlt es sich, auch eine Routenkarte einzugeichnen. Nicht immer hat man beim späteren Durchlesen einen Atlas zur Hand, und die Lage der Orte hat man auch nicht mehr so genau im Kopfe. Man lasse sich also die kleine Karte nicht verdrücken, am Abend einige Aufzeichnungen zu machen — sich selbst und seinen Angehörigen zur späteren Freude. — Unserer Jugend dringend empfohlen.

Eisenbahnverkehr zur Leipziger Herbstmesse. Kürzlich hat im Sitzungssaal des Hauptbahnhofes Leipzig auf Einladung der Reichsbahndirektion eine Besprechung über den Eisenbahnverkehr zur diesjährigen Leipziger Herbstmesse (26. August bis 1. September) stattgefunden, an der u. a. Vertreter fast sämtlicher Reichsbahndirektionen, ferner der Dänischen Staatseisenbahn, der Niederländischen Eisenbahnverwaltung, des Prager Eisenbahnamtens, sowie des Leipziger Messamts teilnahmen. Es wurde in Aussicht genommen, den Verkehr etwa in den zur Frühjahrsmesse gewählten Bahnen zu regeln. Wie gewaltig dieser Verkehr war, ergibt sich daraus, daß zur Leipziger Frühjahrsmesse 709 Sonder-, Vor- und Nachzüge gefahren worden sind.

Weitere Fahrpreiserhöhung der Lübecker Straßenbahn. Die katastrophale Geldentwertung hat, wie nicht anders zu erwarten war, zu wöchentlichen Preiserhöhungen der Lübecker Straßenbahn geführt. Da sich durch die sprunghaft hochschnellenden Rohlenpreise die Betriebsausgaben riefenhaft steigern, wird bis auf weiteres auch mit einer wöchentlichen Fahrpreiserhöhung zu rechnen sein. Ab 1. August kosten: Einzelfahrtstheine bis zu 2 Zonen 5000 Mk., für 3 und 4 Zonen 7000 Mk., für 5 und mehr Zonen 9000 Mk.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hamburg-Nordamerika. Nach New York: D. Westpalia 2. 8., D. Reliance 7. 8., D. Maant Clay 9. 8., D. Albert Ballin 16. 8., D. Resolute 21. 8., D. Thuringia 28. 8., D. Sanja 30. 8. Nach Boston, Balti-

more, Norfolk: D. Brasilia 10. 8. Westküste-Nordamerika: D. Hessen ca. 18. 8., D. Holger ca. 8. 9. Hamburg-Kuba-Merito: D. Jbarwald 31. 7., D. Toledo 11. 8., D. Westerbald 25. 8. Hamburg-Westindien: D. Amalfia 11. 8., D. Sefakria 24. 8. Hamburg Südamerika. La-Plata-Dienst: D. Teutonia 16. 8., D. Schwarzwald 21. 8., D. Baden 1. 9. Brasilien-Dienst: D. Niederwald 1. 8., D. Ulmarl 5. 9., Hamburg-Ostafrika: Engl. D. Eurypylus 4. 8., D. Havelland 11. 8., Engl. D. Adrastus 18. 8., D. Pfalz 25. 8., Engl. D. City of Karachi 1. 9., M. S. Ermland 8. September.

Sonderzug zur Leipziger Messe. Durch Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion in Schwerin ist nunmehr erreicht worden, daß am sonnabenden, dem 25. August, nach Kleinen D.-Zugwagen 1., 2. und 3. Klasse angehängt werden, welche dem in Kleinen einlaufenden Kopenhagener Messzug, Abfahrt von Kleinen 1.52 Uhr mittags, angehängt werden. Ankunft in Leipzig abends 8.30 Uhr. Hierdurch wird ermöglicht, daß nicht nur Lübecker Messbesucher, sondern auch solche aus Gütin, Schleswig, Kiel, Flensburg, Neumünster usw. in der Lage sind, den Zug von Lübeck zu erhalten. Ab Kleinen ist dem Zuge ein Speisewagen mit angehängt. Bestellungen von Fahrkarten sind an Herrn A. Hanson, Lübeck, Baderstraße 80, zu richten, wo auch Messabzeichen erhältlich sind.

Polizeibericht. Festgenommen wurde in letzter Nacht ein Privatmann von hier, der sich in ein Geschäftshaus in der Königstraße eingeschlichen, dort mehrere Wände durchbrochen und so in den Manufakturwarenladen gelangt war. Der Eindringler hatte bereits mehrere Ballen Stoffe zum Abtransport bereit gelegt, als er durch die verurteilten Geräusche bemerkt wurde. Die sofort benachrichtigte Polizei nahm den unflüchtigen Gast in sichere Verwahrung. — Wegen Diebstahls und Hehlerei festgenommen wurde ein Schneider von hier. — Wegen Körperverletzung wurde ein Mauerpolier aus Lübeck und auf Grund fleckfleckiger Verletzung ein Dienstmädchen aus Marienwerder festgenommen. — In der letzten Nacht wurden in der großen Burgstraße zwei Baden-ferienheben zertrümmert und aus den Fensterläden verschleuderte Pfeifen, Bernsteingartenstippen, Zigaretten und Tabake und Leberwürste sowie Fleischwaren gestohlen.

Polizeibericht. Auf Grund eines Haftbefehls der hiesigen Staatsanwaltschaft festgenommen wurde hier ein wohnungs- und beschäftigungslos angetroffener Barbier aus Ohlau. — Festgenommen wurde ein Verkäufer von hier wegen Unterschlagung eines größeren Geldbetrages, eines hiesigen Buchhändlers. — Wegen Widerstandes und Beleidigung gerieten hier zwei Arbeiter aus Hamburg in Haft. — Am 26. v. Mts. wurde aus dem Hausflur des Hauptpostamtes ein Fahrrad gestohlen, dessen Rahmen gestiftet war. Im Rade befanden sich zwei Laternenhalter und eine Glase mit zwei Zählern. — Von einem in einem Hausflur der Breiten Straße hinastehenden Fahrrad wurden vier am Rade befestigte geräucherter Schweinsbäden, welche sich in einem Sack befanden, gestohlen.

Wadeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 17 Grad, die Luftwärme 18 Grad.

Sitzweise an Versammlungen, Theater usw.

U. S. V. D. Beitragskassierer! Die Kassierer, die für den Monat Juli noch nicht abgerechnet haben, müssen dieses sofort nachholen. Auch müssen die neuen Beitragsmarken in Empfang genommen werden. Wolfradt.

Angrenzende Gebiete.

Reinfeld. Anlässlich der Fahnenweihe des Arbeiter-Turnvereins waren auch die Stadelsdorfer Arbeiterturner mit ihrer Schülerabteilung in Reinfeld. Ueber das Verhalten des Inhabers des Gasthauses „Zum Rastgraben“, dem Vereinslokal des U. T. V., geht uns folgende Schilderung zu: Für eine sehr zweifelhaft Limonade wurden den Kindern 3000 Mk. abverlangt. Ja, für ein Glas Wasser ließ der menschenfreundliche Herr fünf 100 bis 200 Mk. bezahlen. Hierüber zur Rede gestellt, redete er sich auf seine Angestellten aus. Von anderen Kindern ebenfalls um Wasser gebeten, verabreichte er ihnen Wasser, in dem die Gläser gespült wurden. Für diesen Trunk dankten die „unzufriedenen“ Proletarierkinder. Der Arbeiterklub Reinfelds und Umgegend sei dieser kinderliche Herr besonderer Beachtung empfehlen.

Gutin. 15 Mill. Mark Belohnung. Für die Ergreifung des Brandstifters, der das Feuer auf dem Hofe Benz verfrachte, hat die Regierung eine Belohnung von 15 Millionen Mark ausgesetzt.

Kiel. Nordische Herbstmesse. Die Zahl der Handelskammern, die die ehrenamtliche Vertretung der am 15. und 18. September hier stattfindenden Nordischen Messe übernommen haben, hat sich bereits auf 50 erhöht. Außer Messhof und Kaufhaus stehen fünf große Gebäude mit Sälen zur Unterbringung der Aussteller zur Verfügung.

Kiel. Die Probefahrt des Tankdampfers „Phoenix“, das auf den Heroldswerken für die Deutsche Amerikanische Petroleumgesellschaft in Hamburg gebaut wurde und 14 000 Tonn groß ist, übertraf bei der Abnahmefahrt die Erwartungen bei weitem. Das vollbeladene Schiff hat eine Geschwindigkeit von 12,62 Seemeilen in der Stunde.

Burg. Der Warenausverkauf. Müllig ausverkauft sind hier und in verschiedenen Orten der Umgegend die Geschäfte. Die Inhaber sind nicht mehr imstande, sich bei den rasch steigenden Preisen mit neuen Waren einzudecken, und haben es daher vorgezogen, ihre Läden zu schließen.

Rosch. Das Opfer des Revolvers. Wir brachten in der gestrigen Nummer eine Notiz, daß der Furcugewisse Richard Stade von einem Studenten Knake durch Revolverstöße schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Richard Stade ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen.

Lübeck. 3 Millionen Mark für drei Hafen. Mit der Schlinge hatte ein hiesiger Landwirt, der in recht angenehmen Vermögensverhältnissen lebt und durchaus nicht aus Rot handelte, drei Hafen gefangen. Das Amtsgericht verurteilte ihn dafür nunmehr zu 3 Millionen Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens, so daß ihm der Hafenbraten selbst für heutige Zeitverhältnisse ziemlich teuer zu stehen kommt.

Lauenburg. Russischer Roggen. Der erste russische Roggen ist für die Getreidemühle Karl Kröger hier eingetroffen. Der Roggen ist hellgelb und feinkörnig, also von ausgezeichnetem Qualität.

Bremen. Der Bremer Großmarkt nur für Hände ler. Die Polizeidirektion hat den bisher erlaubten gemessenen Einkauf der Verbraucher auf den hiesigen Großmärkten für die Zukunft verboten. Die Großmärkte sind also künftig nur noch für die Händler da. Wie dankbar können die Händler der Polizei sein, ob die Bevölkerung auch?

Sport.

Mittwoch, 1. August, abends 8 Uhr, Kartellziehung bei Sander, Hundelstraße. Erscheinen dringend erforderlich. Spethmann, Vorsitzender.

Die Kreismeisterchaften des 3. Kreises im Fußball wurden am Sonntag trotz des schlechten Wetters ausgetragen. Manches Spiel wurde gezeigt, alle Mannschaften spielten mit Eifer und Hingebung. Am Donnerstag der vorigen Woche fragten wir nach in unserem Bericht: Wie wird unser Bezirksmeister gegen die Gegner abkommen? Jetzt sind die Spiele vorüber und Küdnitz hat sich als Kreismeister aus künftigen Spielen herausgehoben. Das bedeutet einen großen Schritt vorwärts für die Fußballspieler des 6. Bezirks (Südbad und Umgeg.). Um den langjährigen Kreismeister Rothenburgsort zu bestegen, mußten drei Entscheidungsspiele ausgetragen werden. Im ersten Spiel war das Resultat unentschieden 06 : 06, ebenfalls im zweiten 37 : 37 und im letzten Spiel gewann Küdnitz mit 60 : 56 Punkten. Die übrigen Mannschaften Wörsberg, Schwerin und Heide waren alle überflüssige Gegner, dieses ist an den Resultaten in folgender Tabelle zu sehen:

Table with 2 columns: Team Name and Points. Rothenburgsort: Wörsberg 78 : 76, Küdnitz: Heide 75 : 71, Rothenburgsort: Schwerin 72 : 51, Küdnitz: Wörsberg 73 : 69, Rothenburgsort: Heide 54 : 48, Wörsberg: Schwerin 52 : 42, Küdnitz: Schwerin 94 : 88, Wörsberg: Heide 47 : 34, Schwerin: Heide 100 : 0, Rothenburgsort: Küdnitz 96 : 96, 57 : 57, 56 : 60.

Im Bericht vom Küdnitz den 3. Kreis in der Bundesmeisterchaft vertreten. Wer wünscht der Mannschaft das Beste? S. Niemann.

Gewerkschaften.

Das Resultat der Metallarbeiterwahlen. Das Resultat der Metallarbeiterwahlen für das Reich bis Sonnabend morgen 11:20 Defektierte Amsterdam. 112 Moskau. Die Resultate von Danzig stehen noch aus. Sie können aber an dem Gesamtergebnis nichts mehr ändern.

Die Gewerkschaften und Katholiken. Aus Rom meldet Europa: Im Vordergrund des politischen Interesses stehen gegenwärtig die Antireligiösen Aktivitäten mit den Führern des Gewerkschaftsbundes. Der Gewerkschaftsvertreter d'Aragnoa trat in einer Rede für die Organisationsfreiheit aller Gewerkschaften ein. Er wies darauf hin, daß die Gewerkschaften sich nicht durch die Antireligiösen Vorurteile hindern lassen dürfen. Einige Gewerkschaftsführer erklärten nach dieser Unterredung, daß sie nichts gegen eine direkte Mitarbeit einzuwenden hätten, sobald alle in Betracht kommenden Fragen geregelt seien. - Kuffner hat bekanntlich letzten in einer Parlamentarische den Gewerkschaften einen Sitz in seinem Kabinett angeboten. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln.

Wichtige Arbeiterlagen. Das Volkskommissariat für Arbeit hat einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, welcher die disziplinarliche Abmahnung von Dienstvergehern mit Arreststrafen für einen bestimmten, sehr weit gezogenen Kreis von Personen im Dienst und Arbeitsverhältnis vorseht. Von welcher Auswirkung dieser Akt von Staatsanwalt zu werden droht, geht daraus hervor, daß er dem kommunistischen Gewerkschaftsorgan "Link" Nr. 155 vom 14. Juli 1923 einen langen dumpfen Kolossal abweist in einem Artikel, den wir im folgenden wiedergeben:

Der Kreis von Personen, die jetzt durch ihr Dienstverhältnis disziplinarischen Anordnungen ausgesetzt sind, ist ein gewaltiger. Von gehören zu den allerdienstlichen Personen an, deren Dienst sich auf die innere Ordnung und Erhaltung der Sicherheit bezieht, was auch Hauswachen, Wärter und Wächter gerechnet werden. Ebenso sollen darunter diejenigen, welche mit dem Geschäft des Einnehmens in Sägen und Magazinen von öffentlicher Bedeutung betraut sind. Die Höchstzahl der Arrestes beträgt

zwei Wochen. Der neue Entwurf läßt dem freien Ermessen der Verwaltung weite Grenzen und verleiht der Lage der von ihm erfassten Arbeiterkategorien Bedeutung. Es stärkt deren Initiative und Verantwortlichkeitsgefühl. Andererseits ist der Erfolg solcher Strafen sehr fraglich. Der Hauptteil anderer Strafgesetzgebungen handelt von Vergehen im Dienste und gegen die Interessen der Wirtschaft und behandelt mit genügender juristischer Gründlichkeit sowohl die größeren Vergehen (Art. 110 und 128) wie auch die kleineren (Art. 108). Natürlich findet der Disziplinarverstoß Anwendung auf die übrigen, vom großen Geschäftsvergehen bis zu unbedeutenden Verfehlungen und kleinen Fahrlässigkeiten, die eine Schädigung des Ganzen irgend eines Unternehmens im Gefolge haben, sind bereits durch das Strafgesetz dem Spruche des Richters unterworfen.

Die Aburteilung solcher Fälle würde dem Sinne des Gesetzes widersprechen. Was die anderen Kleinigkeiten betrifft, die keinerlei Schaden im Gefolge haben und lediglich den Betrieb angehen, so hätte es genügt, es bei der bisherigen Befugnis der Betriebsleitung zu belassen, die in solchen Fällen Verweise erteilen, Geldstrafen auferlegen, den Schädlichen im Range herabschicken oder aus dem Dienste entlassen kann. Außerdem handelt es sich um die Auflegung kleinerer Bußen nach der Artikel 108 des Strafgesetzes. Die Einführung des Arrestes bedeutet daher, daß die Personen, auf die in solchen Fällen Art. 108 Anwendung fände, dadurch dem ordentlichen Richter entzogen werden. Statt dessen sollte man lieber das Gesetz abändern.

Bis die deutsche Betriebsratgesetz eine Veränderung zum Besseren brachte, haben die deutschen Gewerkschaften einen jahrelangen harten Kampf geführt gegen den Zustand, daß Unternehmerwillkür dem Arbeiter im Betriebe eine Geldstrafe auferlegen konnte, und die Sozialdemokratie kämpfte jederzeit gegen das Ansehen des Disziplinarverfahrens in der Beamtenschaft. Die russische Sowjetregierung, die sich Arbeiterregierung nennt, hat einem grauen Gemisch von altpetrifizierter Beamtenelementierung, kapitalistischer Betriebsinspiration und östlicher Gefährdung zur Aufrechterhaltung verholfen. Unsere deutschen Kommunisten wird dies gewiß nicht abhalten, die "Gewerkschaftsbureaucratie" zu verfluchen und die Sowjetherrschaft als höchstes Ziel zu feiern.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

Der werbheiligende Lohn. Ein gemeinverständlicher Leitfaden mit praktischen Beispielen. Herausgegeben vom Afa-Bund. Von den Arbeitnehmern wird es vielleicht als Mangel empfunden, daß bisher zu wenig praktische Ratsschlüsse für das Verhalten bei Tarifverhandlungen über die Wertheiligkeit der Löhne gegeben wurden. Diese Lücke wird beseitigt durch die Verlagsbuchhandlung A. H. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin, die jedoch eine kleine billige Schrift unter dem Titel: "Der werbheiligende Lohn", ein gemeinverständlicher Leitfaden mit praktischen Beispielen, herausgegeben vom Afa-Bund, Grundzahl 020 Wk., herausbringt. Sie enthält in knapper, übersichtlicher und leicht verständlicher Weise das gesamte einschlägige Material, das für die praktische Bewirtlichung der werbheiligenden Löhne zurzeit dringend benötigt wird. Den Vorkursverfall sowie den Zweck des werbheiligenden Lohnes behandelt S. Aufhäuser. Aus seiner Rede stammen auch die Erläuterungen zu der Frage des Grundlohnes, des beweglichen Leuerungsaktors und der Messigkeit (Index). Hieran schließen sich die bisherigen Beschlüsse der Spitzenorganisation und deren Richtlinien zum neuen Lohnsystem. Ueberaus wertvoll sind aber die praktischen Anweisungen und Berechnungsbeispiele, die es jedem Verhandlungsleiter ermöglichen, das neue Lohnsystem praktisch zur Durchführung zu bringen. Aber auch die Arbeiter und Angestellten sind beim Studium des Reglements in der Lage, den Tarifverhandlungen ihrer Organisationsvertreter zu folgen und sie eventl. zu beeinflussen. - Zur Veranschaulichung dienen auch die Entwürfe der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag und die dazu gegebene Erklärung der Reichsregierung. Ein instruktiver Artikel von Dr. Rothhoff über "Werbheiligende Sparanlagen" beschließt den für jeden Arbeiter unentbehrlichen Leitfaden im Kampf um den ehrlichen Lohn. Organisationen erhalten Sonderrabatte.

Zur Philosophie des Sozialismus. Ein Lebensbild von Josef Diezgen von H. Geyo. Berlegt bei J. H. W. Dieckhoff.

G. m. b. H., Berlin 1923. Grundzahl 250. Auf dem internationalen sozialistischen Kongress in Prag 1872 stellte Karl Marx den Lehrgänger Josef Diezgen als „unseren Philosophen“ vor. Und „unser Philosoph“ ist Diezgen mit der Verbreitung seiner Werke in wachsendem Maße geworden. Diezgen wurzelt fest in der Entwicklungstheorie des demokratischen Sozialismus. Seine Philosophie ist das Erlebnis eines großen, ganzen Menschen. Diese Philosophie läßt nun H. Geyo lebendig zu uns sprechen. In seinem Buch „Zur Philosophie des Sozialismus“ wirkt sich der philosophische Aphoristiker Diezgen in der ganzen Tiefe und Fülle seiner Gedanken aus. Frei und stolz hat Geyo das Gedankengebäude der Diezgen'schen Philosophie aufgebaut. Es ist ein Bau, zu dem, wie Geyo mit recht sagt, „als Träger und Zierat, Blöcke und Säulen Diezgens eingebaut sind“.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Der Kleidungsstreit der Straßenbahner. Bezüglich der Differenzen wegen der Dienstkleidung zwischen der Direktion und dem Fahrpersonal der Straßenbahn, fühlen wir uns veranlaßt, folgende Auffklärung zu geben:

Bisher wurde die Dienstkleidung für die unregelmäßige Arbeitszeit und folgende Leistungen gewährt. In den anderen städtischen Betrieben und den Werksstätten und Gleisbau der Straßenbahn, sowie an allen anderen Arbeitsplätzen Lübeds wird für die Sommer- und Festtagsarbeit, welche durch die Natur des Betriebes bedingt sind ein Zuschlag von mindestens 25 Prozent, und für die in der Woche fallenden gesetzlichen Feiertage ein solcher von 75 bis 100 Prozent gewährt. Dieses steht auch laut Tarifvertrag den Straßenbahnern zu. Durch Vereinbarungen wurde dem Fahrpersonal für diese Zuschläge die freie Dienstkleidung gewährt.

Infolge dieser Einbuße hat das Fahrpersonal einen Lohnausfall nach dem heutigen Lohn berechnet, per Jahr von 2525 000 Mark per Mann. Dazu sollte noch 4 Prozent des jeweiligen Lohnes für Dienstkleidung kommen, welches eine Summe von 1 832 000 Mark per Jahr ausmacht. Das Fahrpersonal hätte demnach für die Dienstkleidung ca. 4 360 000 Mark per Jahr zu zahlen.

Dafür sollte an Dienstkleidung gegeben werden: alle Jahre eine Mütze, alle zwei Jahre eine Hose, alle drei Jahre einen Rock und alle vier Jahre einen Mantel. Das Zeug würde nach Ablauf dieser Tragezeit Eigentum des Personals werden. Demnach würden in vier Jahren geliefert: 4 Mützen, 2 Hosen, 1 Rock und 1 Mantel, wofür die Direktion dem Personal in 4 Jahren die Summe von 17 440 000 Mark einzuliefern wollte. Diese Aufstellungen sind nach dem heutigen Lohnsatz berechnet.

Nun ist augenblicklich noch ein Kleiderbestand von alten und neuen Sachen, außer der jetzt abgelieferten Uniform vorhanden, womit das Personal wenigstens 4-5 Jahre auskommen kann. Diese Sachen sind durch die oben erwähnte Einbehaltung der Zuschläge bezahlt. Trotzdem will man nun diese Kleidung dem heutigen Werte entsprechend anrechnen und bezahlt haben, woraus hervorgeht, daß die Verwaltung mit dieser, bereits durch Arbeitsleistung bezahlten Kleidung, an ihrem viele Jahre im Dienste der Straßenbahn stehenden Personal ein gutes Geschäft machen will, anstatt sich in der heutigen schweren Zeit etwas human zu zeigen!

Man nergleiche uns nicht mit den uniformtragenden Beamten: denn wir Straßenbahner sind nur Arbeiter und werden nicht in die Reihe der Beamten gestellt, sondern bei allen früheren Lohnverhandlungen wurden wir noch abgedrückt infolge der freien Dienstkleidung als niedrigste Gruppe entlohnt.

Da nun wohl das größte Interesse am Tragen von Dienstkleidung aus Seiten der Verwaltung liegt, würde diese in diesem Falle kostenlos ausgehen, ohgleich sie doch den Hauptanteil zu tragen hätte; denn Straßenbahner in Zivil gibt's wohl nirgends anders als in Lübed! Der Arbeiterrat der Lübecker Straßenbahn.

Eine Entfettungskur

Sollten alle Korpulanten vornehmen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Luluba-Kerne zu kaufen, die wirksame, völlig unschädliche, fettzählende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 3mal täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstr. 10.

Amtlicher Teil

Senator Dr. Stooß hat den Vorsitz in der Bundesbehörde im Dekanatrat und in der Vorstanderschaft des Heiligen Geist-Hospitals wieder übernommen. (4774)

Der Senat hat den Kreismeister Karl Hargus in Travemünde auf sein Amt aus dem Amte eines stellvertretenden Stabsbeamten für den Stabsbezirk Lübeck II entlassen und an Stelle des vorhergehenden Stabsbeamten Maurermeisters Johannes Heinrich Hebe den Verwaltungsinспектор Johannes Rehmis in Travemünde zum Stabsbeamten für den Stabsbezirk Lübeck II sowie den Verwaltungsinспектор Edward Bandholt in Travemünde zu seinem Stellvertreter ernannt. (4770)

Erhöhung von Fährgebühren.

(Veröffentlichung am 31. Juli 1923.) Das Fährgehd der Fährten nach der Ballhalbinsel, der Strandfähre, der Einfahrtsfähre, der Fähre bei Dänischburg und der Fähre in Schlump ist erhöht worden. Die neuen Fährgebühren sind bei den Fährten angeschlagen. (4784) Lübed, den 31. Juli 1923. Das Polizeiamt.

Schankgewerbesteuer.

Durch Gesetz vom 21. Juli 1923 ist die Schankgewerbesteuer für den Betrieb der Gast- oder Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus mit Wirkung vom 1. Juli d. J. erhöht worden. Für das zweite Halbjahr 1923 beträgt demnach die Steuer in der ersten Klasse . . . 80 000 Wk., zweiten . . . 75 000, dritten . . . 150 000, vierten . . . 300 000, fünften . . . 750 000. Die für das zweite Halbjahr bereits gezahlte Steuer wird auf die neuen Sätze angerechnet. Die Steuerbeiträge sind bis zum 15. August d. J. bei der Polizeikassa in den Formzettelnummern von 5 bis 1 abzugeben. Lübed, den 31. Juli 1923. Das Polizeiamt. (4780)

Marktstandgebühren

wird mit sofortiger Wirkung erhöht. Näheres siehe Anschlag in der Halle. Die Markthausbehörde. (4768)

Bekanntmachung.

1. Die im § 2 der Verordnung, betr. Erhebung einer Kurtaxe im Stadtteil Aurort und Seebad Travemünde vom 31. Mai 1922 festgesetzte Kurtaxe wird vom 31. Juli ab für den Bezirk Neu-Travemünde einschließlich Fährstraße, Kreuzstraße und Bordenreihe bis zur Rolle für jeden Fremden und jede Nacht seines Aufenthaltes auf 20 000 Mark, für den übrigen Teil Travemündes auf 10 000 Mark, die Gebühr für Hausangestellte auf 3000 Mark erhöht. 2. Die im § 1 des Gesetzes, betreffend Erhebung einer Gebühr für die Bekleidung und Stempelung der Wäse und ähnlichen Ausweise der im Stadtteil Aurort und Seebad Travemünde vorübergehend sich aufhaltenden Ausländer vom 17. Mai 1922 festgesetzte Gebühr wird erhöht für eine Person auf 50 000 Mark, für eine Familie auf 100 000 Mark. Lübed, den 30. Juli 1923. (4784) Die Behörde für Travemünde.

Arzneittaxe.

Auf Grund des § 80 der G.-D. und des § 2 der R.-D. wird verordnet: Die neue abgedruckte amtliche Ausgabe der deutschen Arzneitaxe 1923 tritt mit Wirkung vom 1. August 1923 ab in Kraft. Wir dem gleichen Zeitpunkte tritt die sechste Ausgabe außer Kraft. Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 5. Juni 1923 werden ferner die Apotheker ermächtigt, auf den nach Nr. 1, I-III der allgemeinen Bestimmungen der Arzneitaxe berechneten Verkaufspreis einer Arznei - also ausgenommen die nach Nr. 2 der Bestimmungen zu berechnenden, abgabefähigen bezogenen Arzneien - einen Zuzuschlag von 3 1/2 % zu erheben. Lübed, den 30. Juli 1923. (4785) Der Gesundheitsrat.

Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Auf Grund des § 160 Absatz 2 der Reichsversicherungsverordnung und des § 1 des Versicherungsstatutes für Angestellte wird der Wert der Sachbezüge vom 1. August 1923 ab wie folgt festgesetzt: (4786)

I. Voller Unterhalt (Beschäftigung, Wohnung, Feuerung und Beleuchtung)

- 1. für männliche und weibliche Angestellte in leitender oder gehobener Stellung (Merzte, Apotheker, Inspektoren, Verwalter, Geschäftsführer, Wermeister, Lehrer, Lehrertinnen, Oberstweilern, Hausdamen u. ähnl.) täglich 70 000 M., monatlich 2 100 000 M., 2. für sonstige männliche und weibliche Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen, jedoch ausschließlich der unter 3. Aufgeführten, täglich 60 000 M., monatlich 1 800 000 M., 3. für Lehrlinge (auch Lehrlingmädchen), Dienstmädchen, Reinnäherer und Pflegerinnen u. ähnl. täglich 40 000 M., monatlich 1 200 000 M., 4. für in der Schiffahrt beschäftigte Personen a) Kapitäne, nautische und technische Schiffsoffiziere und sonstige im Offiziersrang stehende Glieder der Besatzung täglich 80 000 M., monatlich 2 400 000 M., b) alle übrigen Personen täglich 60 000 M., monatlich 1 800 000 M.

II. Wird nicht voller Unterhalt gewährt, so treten an Stelle der vorstehenden Gesamtätze folgende Einzelätze:

- a) nur für Beschäftigung . . . 2/5, b) nur für Wohnung, Feuerung und Beleuchtung . . . 1/5, c) nur für Mittagessen . . . 3/5, d) nur für Morgen- und Abendbeschäftigung je der vorstehend unter I 1-4 genannten Sätze.

III. Wert der Sachbezüge von Deputationsempfängern:

- 1. Acker- und Gartenland . . . M. 1 000 000, 2. Wohnung . . . M. 50 000, 3. Feuerung . . . M. 1 500 000, 4. 1 Stier Weid . . . M. 6 000, 5. 1 Ferkel . . . M. 800 000, 6. Getreide: 12 Zentner zum Umlagepreise von M. 32 500 für den Zentner, der Rest (18 Zentner) M. 1 500 000 für den Zentner.

Der persönliche Deputationswert unter Zugrundelegung von 2800 Pflichtarbeitsstunden beträgt rund M. 13 500.

Der Wert einzelner hier nicht aufgeführter Sachbezüge wird auf Antrag durch das Versicherungsamt festgesetzt. Lübed, den 30. Juli 1923. (4783) Das Versicherungsamt.

Bekanntmachung.

Der Senat hat den Rektor Martin Gofsch auf sein Amt zum 30. September 1923 in den Ruhestand versetzt. (4788)

Öffentliche Zustellung. Ehefrau Martha Wittner geb. Dohz, Lübed, vertreten durch Rechtsanwältin Dres. Götz, Wlaus, Brehmer, Hinrichsen, Lübed, klagt gegen Ehemann, Händler Karl Wittner, zuletzt Lübed, mit Antrag, die Ehe der Parteien zu scheiden und Beklagten für schuldig zu erklären. Klägerin ladet Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht, Zivilkammer I, Lübed, zum Termin am 8. Nov. 1923, morg. 10 Uhr, m. Aufforderung, einen bei diesem Gericht ausgelassenen Rechtsanwält zu seinem Vertreter zu bestellen. Lübed, 24. Juli 1923. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts. (4744)

Nichtamtlicher Teil

Suche Haus mit voller Auszahlung, Verkäufer kann wohnen bleiben. (4762) Angeb. u. G 100 a. d. Exp. d. Bl.

Mehrere Frauen zum

Zeitungsaustragen gesucht gegen gute Bezahlung für Bezirk Küdnitz, Siems, Herrentwyl. Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten

Suche Gartengrundstück

bei voller Auszahlung, Verkäufer kann noch abernten. (4768) Angeb. u. G 101 a. d. Exp. d. Bl.